

POLIZEI REPORT

G 46983
ISSN 0937-5333

Nr. 58 · Juni 2015



INFORMATIONEN NACHRICHTEN MITTEILUNGEN



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

*bereits im Jahre 2006 hatten wir bei GdP-Demonstrationen die ausgemergelte Kuh (Bild oben) auf einem großformatigen Transparent abgebildet. Hat sich seitdem bei der Polizei etwas verbessert? In der Summe muss man es eindeutig mit **NEIN** beantworten.*

Es werden zwar die geringen Gehaltssteigerungen der letzten beiden Jahren von den Regierungsverantwortlichen gebetsmühlenartig vorgetragen, verschwiegen wird jedoch, dass wir gehaltsmäßig und in puncto der zu leistenden Wochenarbeitszeit deutlich hinterherhinken.

Dass dies tatsächlich so ist, erfährt man in Gesprächen mit jungen Menschen, die Polizist werden wollen. Sie überlegen sich nämlich, ob sie dies in Hessen tun, oder in einem der Nachbarbundesländer. Zwar haben diese nicht alle die zweigeteilte Laufbahn, was nutzt mir diese, wenn auf dem Gehaltszettel gegenüber den anderen Ländern ein deutliches Minus steht.

Dies ist keine Eintagsfliege! Wir werden die Sparpolitik in den kommenden Jahren bei den Bewerberzahlen deutlich spüren. Hinzu kommen die Auswirkungen des demografischen Wandels. Die geburtenstarken Jahrgänge gehen verstärkt in den kommenden 5-7 Jahren in Pension, aber ausreichende Nachwuchszahlen sind nicht zu erkennen. Das ‚Buhlen‘ um die Schulabgänger wird deutlich zunehmen.

Der öffentlichen Dienst in Hessen, insbesondere die Polizei, werden dies schmerzlich zu spüren bekommen. Verstärkend kommt noch hinzu, dass wir uns als öffentlicher Dienst nicht nur mit der freien Wirtschaft zu messen haben, sondern ebenso der öffentliche Sektor

POLIZEI REPORT

Jahreshauptversammlung der KG Main-Kinzig	5
Wieder einmal zwischen allen Stühlen	9
Dem Besoldungsdiktat die Stirn bieten	10
Meine Meinung zur Blockupy-Demo	11
Im Gespräch mit Innenminister Peter Beuth	13
Zur aktuellen Situation der Polizei	15
Polizeitipps zur Schutz vor Fahrraddieben	16
Osthessen auf dem Siegerpost	17
Ein ‚weiter so‘ kann und darf es nicht geben	19
Blockupy-Einsatzbetreuung	23
G(iganten) d(er) P(iste)	23
BZG Südosthessen bei der Tarifiedemo in Wiesbaden	24
Tischtennismeisterschaften des PP Osthessen	25
Michael Böhm ist im Ruhestand	27
Aktuelle Nachrichten aus dem PP Osthessen	29
Seniorensseminar in Tann wieder ausgebucht	31
Kommentar: Nullrunde vertieft Einkommenswunde	34
Seminar Ausschreibung der Seniorengruppe	35
GdP: Polizeidienst ist immer gefährlicher	37
Die Seiten der JUNGE GRUPPE	39
Eine kritische Betrachtung zu Gewalt bei Demos	43

auch untereinander.

Ein entscheidender Nachteil für Hessen ist und wird die Gehaltsentwicklung im öffentlichen Dienst sein. Eine Entwicklung, die unsere Regierungsverantwortlichen zu verantworten haben! Neben der polizeilichen Ausstattung sind heutzutage für die jungen Menschen die sozialen Rahmenbedingungen im Beruf und auch das Einkommen entscheidende Kriterien für die Berufswahl.

Bei der Krankenversorgung der Beamten/-innen greift ebenfalls die blindwütige Sparpolitik um sich. Während viele Polizeien ‚Freie Heilfürsorge‘ haben, wird bei uns in Hessen die Beihilfeleistungen gekürzt. Wer als Polizist oder Polizistin durch den Beruf gesundheitlich zu Schaden kommt, muss ein nicht unerheblicher Teil seines Gehaltes für die Genesung investieren. Will man

vorbeugende Maßnahmen in Angriff nehmen, so sind diese auch aus der eigenen Tasche zu bezahlen. Bei der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) werden präventive Maßnahmen besonders gefördert – nur beim Land Hessen ist das nicht der Fall.

Bei hoher Arbeitsbelastung und Arbeitsverdichtung, Personalmangel, Wochenenddienste etc. muss der Anreiz bei der hessischen Polizei anzufangen entsprechend groß sein. Das ist jedoch bei uns nicht zu erkennen.

Unterm Strich gesagt: „Die Politik versagt und setzt mit ihrer Sparpolitik, die insbesondere die Polizeibeamtinnen und -beamten trifft, die zukünftige Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger aufs Spiel!“

Euer Ewald Gerke

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50

JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG 2015

KREISGRUPPE MAIN-KINZIG TAGT IM HANAUER TÜMPELGARTEN

Am 29.04.2015 fand die Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe Main-Kinzig traditionell im Nachbarschaftshaus im Tümpelgarten in Hanau statt. Fast 80 Personen waren gekommen, unter ihnen auch die geladenen Ehren Gäste: der Oberbürgermeister der Stadt Hanau Claus Kaminsky, der Leiter der Abteilung Einsatz des Polizeipräsidiums Südosthessen Alexander König (in Vertretung von Polizeipräsident Ullmann), der Leiter der Polizeidirektion Main-Kinzig Hans Knapp, der Vorsitzende der Bezirksgruppe Südosthessen Thorsten Pfeiffer, und der Landesvorsitzende der GdP, Andreas Grün. Wie immer auch stark vertreten waren die Senioren und die Stadtpolizei Hanau.



Der Hanauer Oberbürgermeister Claus Kaminsky sprach Grußworte zu den Teilnehmern.

Nach der Begrüßung sprach Oberbürgermeister Claus Kaminsky, der an diesem Tag seinen ersten Besuch bei der Kreisgruppe Main-Kinzig hatte. Herr Kaminsky betonte das traditionell gute Verhältnis zwischen Stadt Hanau und der Polizeidirektion Main-Kinzig, und lobte die Zusammenarbeit, wie z.B. bei dem Gasunfall in Hanau. Herr Kaminsky sprach sich weiterhin gegen die von der Landesregierung festgelegte Nullrunde für Beamte aus. Stattdessen sollten die Tarifabschlüsse übernommen werden. Markus Hüschentbett bedankte sich bei Herrn Kaminsky und den weiteren Rednern mit dem obligatorischen Rhöner Schwartenmagen.

Nun ging Markus Hüschentbett in seiner Rede auf das Selbstverständnis der Gewerkschaft der Polizei ein. Dazu gehöre, daß die GdP für alle Polizeibeschäft-



Kreisgruppenvorsitzender Markus Hüschentbett ging in seinem Bericht auf die Aktivitäten und Veranstaltungen des letzten Jahres ein.

tigten da sei, egal ob Schutz- oder Kriminalpolizei, ob Beamte oder Tarifbeschäftigte, ob Landes- oder Stadtpolizei. Die Polizei müsse als ein großes Ganzes gesehen werden, und dürfe sich nicht auseinanderdividieren lassen. Außerdem ging er auf die geselligen und politischen Aktivitäten der GdP Main-Kinzig im vergangenen Jahr ein. Folgende Aktivitäten wurden organisiert und durchgeführt:

Gesellige Aktivitäten:

- Herbstausflug nach Kassel
- Skifreizeit
- Seniorenstammtisch und Sommergrillen
- Seniorenweihnachtsfeier
- Besuch Kletterpark
- Besuch Flipper- und Arcademuseum

Politische Aktivitäten:

- Teilnahme an Bundesdelegiertenkonferenz Berlin
- 2 Demos in Wiesbaden
- Unterstützung der Berufsvertretungsstunde Mühlheim
- Unterstützung eines Infostandes auf der Zeil in Frankfurt

Für 2015 kündigte er außerdem noch eine gesellige Radtour an, welche von Radlegende Ivo Schmitt organisiert werden wird. Nähere Infos folgen bald per E-Mail. Solltet ihr noch nicht in unserem Verteiler sein, bitte kurze Mail an webmastergdp@yahoo.de.

Weiterhin dankte er der PD-Leitung so-

wie der Behördenleitung für die konstruktive Zusammenarbeit.

Den Vertrauensleuten und Vorstandsmitgliedern der Kreisgruppe galt sein größter Dank, denn solch eine aktive Kreisgruppe ist nur durch viele, viele aktive Helfern möglich.

Danach wurde der Vorstand neu gewählt. Änderungen ergaben sich lediglich durch das Ausscheiden von Pensionär Peter Born aus Hanau, der durch Alexandra Geis von der Polizeistation Großauheim als stellv. Kassierer ersetzt wird. Peter Born war jahrzehntelang in der Kreisgruppe Main-Kinzig, der Vorgängerorganisation Kreisgruppe Hanau sowie im Personalrat tätig gewesen. Der Vorstand bedankte sich bei Peter mit einem kleinen Präsent.

Wahl des neuen Kreisgruppenvorstandes

Für die Junge Gruppe, die Jugendorganisation der GdP, wird nun Angelina Setz von der Polizeiautobahnstation Langenselbold zuständig sein. Der neue Vorstand setzt sich wie folgt zusammen:

KG-Vorsitzender: Markus Hüschentbett
stellv. KG-Vorsitzender: **Thorsten Pfeiffer**

stellv. KG-Vorsitzender: **Marc Sachs**

Kassierer: Uwe Sachs

stv. Kassierer: **Alexandra Geis**

Schriftführer: Andreas Stüb

stv. Schriftführer: **Ivo Schmitt**

Angestelltenvertreterin: Nicole Jae

Vertreter JUNGE GRUPPE: Angelina Setz

Seniorenvertreter: Norbert Tumbrägel

Kassenprüfer: Michael Pfeiffer und Thomas Scheithauer



Nicole Jae (links) und Angelina Setz (rechts) wurden neu in den Kreisgruppenvorstand gewählt.



Andreas Grün (links) im Gespräch mit dem Leiter der Abteilung Einsatz, Alexander König (Bildmitte) und dem PD-Leiter Hans Knapp (rechts).

Der Leiter der Abteilung Einsatz, Alexander König, sagte in seiner Rede, daß das Polizeipräsidium Südosthessen auf einem guten Weg sei. Er würdigte die gute Zusammenarbeit mit der GdP und dem Personalrat, und rief in einer persönlichen Anmerkung dazu auf, beim Kampf um bessere Arbeitsbedingungen und gerechten Lohn nicht einzuknicken. Gerade wenn man die letzten größeren Einsätze wie z.B. die Ausschreitungen bei Blockupy in Frankfurt betrachte, seien die GdP-Forderungen mehr als gerechtfertigt.

Dass dies nicht nur leere Worte sind hatte Alexander König bei der großen Demo im Dezember 2014 bewiesen, bei der als einziger Leiter E in Hessen teilgenommen hatte.

Der GdP-Landesvorsitzende Andreas Grün ging auf die aktuellen Problematiken bei der Polizei Hessen ein. Das letzte Jahr sei für die GdP Hessen arbeitsreicher gewesen als die gesamte Legislaturperiode zuvor. Beispielsweise wurden mehrere Demonstrationen veranstaltet, um auf Mißstände wie die geplante Beihilfekürzung, die ungerechte Änderung der Altersstufen, Streichung von Tarifbeschäftigtenstellen und die per Tarifiedikt geplante Nullrunde hinzuweisen. Die GdP werde aber in Entscheidungsprozesse eingebunden, z.B. bei der Schaffung des sog. §115 StGB, der Gewalt gegen Polizeibeamte besonders ahnden soll.

Im Anschluss an die Grußworte wurden die Jubilare geehrt. Markus Hüschentbett betonte dabei die Wichtigkeit der Solidargemeinschaft, und bedankte sich bei den Jubilaren für ihre langjährige Treue. Folgende Mitglieder erreichten seit der letzten Jahreshauptversammlung ein Jubiläum.



Jubilare 25-jährige Gewerkschaftszugehörigkeit.



Jubilare 40-jährige Gewerkschaftszugehörigkeit.



Jubilare 50-jährige Gewerkschaftszugehörigkeit.

25 Jahre (Beitritt Mai 89–Mai 90):

Wischnowsky, Marianne
Geist, Frank
Schamell, Andreas
Spangenberg, Christian
Speller-Trier, Birgit
Hochheim, Markus
Feind, Hans-Jürgen
Kress, Christian
Pfeiffer, Thorsten
Liepelt, Joachim

40 Jahre (Beitritt Mai 74–Mai 75):

Krämer, Alfred
Rose, Hartmut
Schmitt, Ivo
Diegelmann, Klaus
Kessler, Matthias

50 Jahre (Beitritt Mai 64–Mai 65):

Noll, Heinz
Diegmüller,
Feik, Dieter
Horchler, Hans-Jürgen
Reußwig, Gerhard
Becker, Lothar

Vor dem offiziellen Ende der Sitzung rief der neue Vorstand nochmals dazu auf, aktiv in der Kreisgruppe mitzuwirken. Wir sind immer auf der Suche nach neuen Vertrauensleuten bei allen Organisationseinheiten. Interessenten dafür sowie Vorschläge für Aktionen, Ausflüge etc. bitte an webmastergdp@yahoo.de senden.

Markus Hüschentbett

WIEDER EINMAL ZWISCHEN ALLEN STÜHLEN

PODIUMSDISKUSSION IM HAUS AM DOM

Knapp zwei Monate nach den Blockupy-Krawallen in Frankfurt rund um die EZB-Eröffnung veranstaltete die Frankfurter Rundschau in der zweiten Maiwoche eine Podiumsdiskussion. Thema der Diskussionsrunde sollte „Blockupy – nach der Randal“ sein.

Als Podiumsteilnehmer hatte die Frankfurter Rundschau Holger Bellino (CDU), Janine Wissler (Die Linke), Frederic Wester, (Blockupy-Sprecher) und die hessische GdP eingeladen. Für die GdP nahm ich diesen Termin als stv. Landesvorsitzender wahr.

Der Blick vom Podium in die Zuhörer war für mich ernüchternd. Augenscheinlich stand die deutliche Mehrheit hinter dem Blockupy-Bündnis, als hinter der Polizei. Die Rollen von Bellino und Wissler waren für mich sehr schnell klar. Beide müssen ihre, im Hessischen Landtag vehement vorgetragene Argumente und Forderungen vorbringen und standhaft verteidigen. Aber auch die Rolle des Blockupy-Vertreters war für mich glasklar. Die Aktionen in Frankfurt anlässlich der EZB-Eröffnung bezeichnete er als einen vollen Erfolg, ziviler Ungehorsam ist notwendig und somit müssen auch Sach- und Personenschäden in Kauf genommen werden. An der Eskalation der Gewalt ist nicht das Blockupy-Bündnis schuld, sondern das verfehlte Einsatzkonzept der Polizei.

Meine Rolle als Vertreter der GdP und somit stellvertretend für die hessische Polizei war klar umrissen: „Wir sitzen wieder einmal zwischen allen Stühlen“. Daraus resultierend wäre es aus meiner Sicht katastrophal gewesen, wenn es den linken Podiumsteilnehmern und den Zuhörern gelungen wäre, mir eine Aussage über das Einsatzkonzept, die Einsatztaktik, die Personalverteilung während des Einsatzes oder gar das Eingeständnis, die Polizei habe die Lage grundsätzlich falsch eingeschätzt und somit total versagt, zu entlocken. Also blieb mir nichts anderes übrig, als beharrlich in diesen Fragen auf die Polizeiführung zu verweisen.



Natürlich war es für mich, in Kenntnis der medial verbreiteten Schreckensbilder von brennenden Funkstreifenwagen und Barrikaden, entlasteten Gebäuden und Fahrzeugen sowie



Auf dem Podium saßen v.l.: Hanning Voigts (FR), Holger Bellino (CDU), Ewald Gerke (GdP), Janine Wissler (Linke), Frederic Wester (Blockupy) und Pitt v. Bebenburg (FR).

sonstigen blindwütigen Verwüstungen, leicht über die Gewaltbereitschaft der Teilnehmer zu reden. Dass dieses nichts mit den verfassungsrechtlich verbrieften Grundrechten der freien Meinungsäußerung und des Demonstrationsrechts zu tun hatte, belegten die Tatsachen, dass diese Gewaltexzesse gezielt und Stunden vor der Demo stattfanden. Aus meiner Sicht waren sie schlichtweg geplant und zentral gesteuert.

Von friedlicher Demonstration kann man ebenfalls nicht mehr sprechen, wenn Brandsätze (Molotow-Cocktails und Bengalos) auf Fahrzeuge geworfen wurden, in denen noch Menschen (also Polizisten) saßen. „Dies ist ein Mordversuch“, sagte ich während der Diskussion und erhielt erstaunlicherweise kaum Widerspruch.

Darüber hinaus war es bei diesen Protesten ein Novum, dass Feuerwehrkollegen, die Brände löschen und Menschen zur Hilfe eilen wollten, ebenso angegriffen wurden, wie unsere eingesetzten Verkehrskräfte. Hier wurden klar Tabuschranken überschritten.

Dem Blockupy-Sprecher gefiel dies natürlich nicht, und er verteidigte die Gewaltexzesse der Demonstranten. Mit meiner Antwort dass er seinen Frust an seinem Eigentum und nicht an dem anderer abregieren sollte, hatte er gewiss nicht gerechnet. So könne er ja einen Knüppel nehmen und damit auf sein Auto einschlagen und dieses demolieren.

In diesem Zusammenhang hatte mir die Frankfurter Rundschau morgens mit dem Bild eines brennenden Funkwagens unbeabsichtigt in die Hände gespielt. Dieses Bild kommentierte ich mit der Aussage, dass dieses sich im Gedächtnis der Menschen eingepägt hat und unzertrennlich mit Blockupy und den Linken verbunden sein wird. Und genau dieses Bild wird immer wieder in den Köpfen präsent sein, wenn sie über Demonstrationen oder politischen Ungehorsam reden.

Im weiteren Verlauf der Podiumsdiskussion erhob ich klar die Forderung, dass die Anmelder von Demonstrationen stärker in die Pflicht zu nehmen sind. Sie müssen der Polizei sagen, wenn Gewaltbereite teilnehmen wollen bzw. anreisen. Gewalt hat schließlich nichts mit politischem Protest zu tun, sondern schadet diesem immens.

Auch ich als aktiver Gewerkschafter bin nicht damit ein-



verstanden, wenn politische Fehlentscheidungen und Versäumnisse auf dem Rücken der „kleinen Leute“ ausgetragen werden. Um dies festzustellen braucht man nicht nach Spanien, Portugal oder Griechenland zu blicken, sondern kann ihn auch in Hessen feststellen, oder wie ist die im schwarz/

grünen Koalitionsvertrag verordnete Null-Runde für die Beamtinnen und Beamten sonst zu werten.

Die Gesetzesinitiative zur Einführung eines Schutzparagraphen für Polizei und Rettungskräfte stand an diesem Abend zeitweise im Mittelpunkt der Betrachtung. Die Mehrheit der Anwesenden hätte es gerne gesehen, wenn die Ereignisse rund um die EZB-Eröffnung zu dieser Initiative geführt hätten und somit ein Sonderstrafrecht geschaffen würde. Dem überwiegenden Teil der Zuschauer war nicht zu vermitteln, dass dies eine langjährige Forderung der GdP ist. Hierbei steht nicht die staatliche Handlung, sondern der Mensch in Vordergrund. Wir stellen eine zunehmende Gewaltbereitschaft gegenüber Rettungskräften, Feuerwehrleuten und Polizeibeamten fest.

Sie werden beleidigt, bespuckt und attackiert, wenn sie anderen Menschen helfen wollen. Kann unsere demokratische Gesellschaft diese Werteverchiebung dulden? Nein!

Ewald Gerk

DEM BESOLDUNGSDIKTAT DIE STIRN BIETEN !

Die Landesregierung hält weiterhin an ihrem Vorhaben fest, 2015 keine und ab 2016 eine einprozentige Besoldungserhöhung vorzunehmen. Dies zeigt, dass die Arbeit im öffentlichen Dienst nicht wirklich wertgeschätzt wird!

Den Tarifbeschäftigten des Landes Hessen gegenüber hat sie sich (nach massivem Druck, Kundgebungen und Demonstrationen) erkenntlich gezeigt und ein brauchbares Tarifergebnis vereinbart.

Rückwirkend für Tarifbeschäftigte:

- ab dem 01.03.2015 2% und
- ab dem 01.04.2016 2,4 % mehr Gehalt
- mindestens jedoch 80 Euro
- für Auszubildende zu den jeweiligen Stichtagen 30 Euro mehr Gehalt.

Unsere Forderung:

Wir fordern die Landesregierung auf, das Tarifergebnis jetzt auf die hessische Polizei zu übertragen.

Wir fordern die inhaltliche und zeitgleiche Übertragung auf die Beamtinnen und Beamten und auch auf die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger **ohne Wenn und Aber!**

Wir fordern das Tarifergebnis auf Anwärtinnen und Anwärter zeit- und inhaltsgleich zu übertragen.

Der Blick in andere Bundesländer:

Die Ausrede, die Haushaltslage gebe es nicht her, den Beamtinnen und Beamten als auch den Versorgungsempfängern eine vernünftige Besoldungserhöhung zu zahlen, ist nicht akzeptabel.

Hessen gehört zu den wirtschaftsstarken Ländern und ist dementsprechend ein „Geberland“.

Die aktuelle Steuerschätzung zeigt, dass Hessen in den kom-

Baden-Württemberg	bis einschließlich A9 wirkungsgleich übertragen (abzgl. 0,2 % für Versorgungsrücklage) A10 –A11 zeitliche Verschiebung um 4 Monate (abzgl. 0,2 % für Versorgungsrücklage) ab A12 zeitliche Verschiebung um 8 Monate (abzgl. 0,2 % für Versorgungsrücklage)
Bayern	zeit – und inhaltsgleiche Übertragung
Berlin	3% zum 1.08.2015 3,2% zum 01.08.2016 (abzgl. 0,2% für Versorgungsrücklage)
Bremen	zum 1.07.2015 2,1% zum 01.07.2016 2,3 % mind. 75 Euro
Hamburg	zeit – und inhaltsgleiche Übertragung (abzgl. 0,2 % für Versorgungsrücklage)
Mecklenburg-Vorpommern	2 % zum 01.01.2015
Niedersachsen	2,5 % zum 01.06.2015
Rheinland-Pfalz	zeit – und inhaltsgleiche Übertragung

menden Jahren jährlich etwa 400 Mio. Euro mehr an Steuereinnahmen hat/erwarten kann.

Die beiden anderen „Geberländer“ Bayern und Baden-Württemberg hingegen haben das Tarifergebnis schon längst auf Beamte übertragen.

In der oben stehenden Tabelle wird ersichtlich welche Länder das Tarifergebnis der TdL übertragen haben.

Es kann nicht sein, dass ein reiches Land wie Hessen die eigenen Beamtinnen und Beamten leer ausgehen lassen will!

Wir sind noch lange nicht fertig. Kommt alle am 16. Juni nach Wiesbaden zum Aktionstag!

MEINE MEINUNG ZUR BLOCKUPY-DEMO

Der Protest gegen die EZB-Eröffnung hat leider den erwarteten gewalttätigen Verlauf genommen. Auch wenn sich danach viele Politiker und Verantwortliche von Blockupy vom Ausmaß der Gewalt gespielt überrascht zeigen, von der polizeilichen Seite waren im Vorfeld bei den Einsatzplanungen erhebliche Ausschreitungen erwartet worden.

Die Organisatoren von Blockupy beeilten sich damit, selbstverständlich erst nach Abschluss der Randalie, zu erklären, dass dies nicht beabsichtigt gewesen war.

Routinemäßig wurde natürlich versucht, der Polizei auch die Schuld an der Eskalation zuzuschreiben. Die Gewalttäter wurden als Opfer dargestellt und von einer offenen Distanzierung der Blockupy-Verantwortlichen von diesen Straftätern war zunächst nichts zu hören.

Mein Eindruck ist vielmehr, dass alle Beteiligten dieses Bündnisses die Gewaltexzesse nicht nur tolerieren sondern diese auch bewusst nutzen, um ein größeres mediales Interesse hervorzurufen. Brennende Polizeifahrzeuge und Barrikaden schaffen schließlich ein wesentlich größeres Medieninteresse als eine „friedliche und bunte“ Kundgebung.

Die Organisatoren wussten sehr wohl, welche gewaltbereite Personengruppen anreisen würden und rechneten diese in ihr Konzept ein, mitsamt den bereits vorbereiteten Äußerungen die man danach in Pressestatements abgeben würde. Diese Umstände alleine könnte man als Polizeibeamter eventuell noch akzeptieren, so funktioniert anscheinend Politik.

Absolut inakzeptabel sind jedoch Äußerungen einiger Volksvertreter, allen voran des Vizepräsidenten des hessischen Landtages Herrn Ulrich Wilken. Obwohl er genau weiß, dass diese Straftäter nur auf Gewalt aus sind und die Auseinandersetzung mit dem Staat suchen, instrumentalisiert er sie. Wer nach diesen gezielt nur auf Schädigung von Uniformierten ausgelegten Angriffen auch nur das geringste Verständnis aufbringt unterstützt diese Gewalt offen. Seine relativierende Aussage zu den Ausschreitungen, „er habe Verständnis für die Wut der Menschen“ ist deshalb ein zusätzlicher Schlag ins Gesicht der angegriffenen Polizisten, Feuerwehrangehörigen und Rettungsdienstler.

Es ist höchste Zeit, dass es allen unseren Volksvertretern endlich bewusst wird, dass die innere Sicherheit und die Grundrechte nicht von irgendwelchen Uniformen, Helmen mit Nummern oder Blaulichtern auf Fahrzeugen geschützt wird sondern von Menschen. Und diese Menschen haben trotz ihres Berufes, den sie mit großem Idealismus wahrnehmen, alle Rechte die auch allen anderen zustehen.



Solange die Kollegen und Kolleginnen jedoch vom gewaltbereiten polizeilichen Gegenüber als Vertreter des Staates, somit als willkommenem Freiwild angesehen werden und von Seiten einiger Politiker keine glaubwürdige und nachhaltige Ächtung dieses Gedankengutes erfolgt, werden diese Menschenrechte eingeschränkt.

Äußerungen wie die des Herrn Wilken zeigen aber eindeutig, dass Polizeibeamte/-innen nur einen geringen Stellenwert für einige Abgeordnete haben und sind deshalb unerträglich.

Unerträglich erscheinen in diesem Zusammenhang aber auch die geplanten Kürzungen wie die Nullrunde bei der Besoldung, danach lediglich einprozentige Erhöhung in den Jahren 2016–2017, Beihilfekürzungen und Stellenabbau bei der hessischen Polizei.

Dies alles fördert keineswegs den Idealismus, der heutzutage für die Ausführung dieses Berufes unbedingt notwendig ist!

Frank Peter
GDP-Kreisgruppe Fulda



DIE JUNGE GRUPPE DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI PRÄSIDENT

IM GESPRÄCH MIT INNENMINISTER PETER BEUTH

DIE PROBLEME NACHEINANDER ANGEHEN

Innenminister Peter Beuth folgte der Einladung der hessischen GdP zu einem Gespräch in der GdP-Geschäftsstelle. In dem fast zweistündigen Gespräch wurden aktuelle Themen erörtert.

Mit der Inkraftsetzung des 2. DRModG sind bei der Einreihung in das achtsstufige Erfahrungstufen-system bei vielen Beschäftigten finanzielle Nachteile errechnet worden. Diese Nachteile konnten wir als GdP nicht akzeptieren und wurden bereits im letzten Jahr aktiv. Innenminister Peter Beuth berichtete, dass derzeit eine Gesetzesänderung in Erarbeitung sei, die finanzielle Nachteile, unter Maßgabe des rechtlich möglichen Spielraums, weitestgehend behebt. Ziel sei es, möglichst eine finanzielle Benachteiligung auszuschließen. Hierzu sollen auch im Anschluss Fachgespräche mit der Abteilung I im HMdluS, auch über den Hauptpersonalrat der Polizei zeitnah geführt werden.

Beihilfe

Bei der Änderung der Beihilfe sei man an der Erarbeitung einer Regelung zur Einführung bzw. Umsetzung, berichtete der Innenminister. Es wird zeitnah nachberichtet, sobald weitergehende Informationen vorliegen.



Markus Hüschentbett (links) aus Südothessen und Kontrollausschussvorsitzender Georg Otto verfolgen aufmerksam die Aussagen des Ministers.



GdP-Landesvorsitzender Andreas Grün (links) überreicht Innenminister Peter Beuth (rechts) zur Erinnerung einen GdP-Teddy.

Wandlung von Vollzugsstellen

Die Momentan angelaufene Praxis, Vollzugsstellen bei den Abteilungen Zentrale Dienste die durch Pension frei werden, künftig in Tarifstellen umzuwandeln, wurde seitens der GdP kritisiert. Die GdP machte deutlich, dass damit die Aussage der Landesregierung, „es wird im Vollzugsbereich keine Stellenstreichungen geben“ unterlaufen werde. Wenn die Landesregierung qualifizierte Fachleute bei den Zentralen Diensten benötigt, dann dürfen eben keine 147,5 Stellen in diesem Bereich gestrichen werden.

Innenminister Beuth stellte klar, dass zu den 13764 Vollzugsstellen weitere 141, als Ersatz für die Abschaffung der 42-Stunden Woche im WSD, eingestellt werden. Somit mit werde dann die hessische Polizei zukünftig über 13905 Vollzugsstellen verfügen. Aus Sicht der GdP genügt dies aber nicht, so der Vorsitzende Andreas Grün, um der arbeitstäglichen Arbeitsverdichtung auf den Basisdienststellen effektiv zu begegnen. Auch die unlängst durch die Festnahme zweier Terrorverdächtigen habe verdeutlicht, dass im Vollzugsbereich eine zusätzliche Personalmehrung kein Tabuthema mehr sein darf.

Angriffe auf Polizisten/-innen

Hessen hat in den Bundesrat (Drucksache 165/15) eine Gesetzesinitiative zur Einführung eines Schutzparagraphen für Polizeibeamte/-innen gestartet. Ziel der Initiative ist nicht, die Amtshandlung, sondern den Bediensteten zu schützen. Der Rechtsstaat hat eine besondere Verpflichtung diejenigen zu schützen, die ihn vertreten. Minister Beuth verdeutlichte, dass diese Initiative auf die GdP Forderung von 2009 zurückzuführen ist, die seit einigen Jahren gefordert wird. Die

GdP unterstützt die Gesetzesinitiative und hofft, dass auch die anderen Bundesländer sich hier nicht „versperren“ werden. Künftig müssen Angriffe auf Vollzugsbeamte auch entsprechend gehandelt werden, was nicht zuletzt durch das Maß der Strafandrohung verdeutlicht ist.

Besoldungsübertragung

Im Lichte der am 5. Mai 2015 ergangenen Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zur Richterbesoldung forderte Andreas Grün den Innenminister auf, von den Plänen im Koalitions-papier (Nullrunde in 2015 für Beamten/-innen) dringend Abstand zu nehmen. Alle negativen Regelungen in der zurückliegenden Zeit, Änderungen der Beihilfe, Reduzierung des Personalkörpers bei den Polizeibeschäftigten, die damit einhergehende Arbeitsverdichtung, die steigende Einsatzbelastung, sind nachweisliche Indikatoren, um den Beschäftigten die Wertschätzung ihrer Arbeit in Form der inhalts- und zeitgleichen Übertragung des Tarifergebnisses uneingeschränkt zu gewähren.

Im Namen des Vorstandes bedankte sich Andreas Grün bei Innenminister Beuth für den Besuch der GdP-Geschäftsstelle und überreichte zur Erinnerung einen GdP-Teddy.

Ewald Gerck

ZUR AKTUELLEN SITUATION DER POLIZEI

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Mai ist gekommen! Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Beitrages steht die hessische Polizei vor mehreren Großlagen, die Personalintensiv sein werden und die gesamte hessische Polizei enorm fordern wird.

Am letzten Tag des Wonnemonats Mai werden auf dem Hessentag in Hofgeismar 530 angehende Polizeikommissarinnen und Polizeikommissare, Kriminalkommissarinnen und Kriminalkommissare vereidigt. Unsere



künftigen Kolleginnen und Kollegen also, die hoffentlich in absehbarer Zeit mit dem Bachelor – Abschluss in der Tasche unsere personell ausgedünnten Basisdienststellen verstärken werden. Wenn, und damit möchten wir an dieser Stelle bewusst ein Ausrufezeichen setzen, wenn alle mit einem erfolgreichem Abschluss abschließen. Wie im Mai bekannt wurde, wurden zuletzt viele angehende Kolleginnen und Kollegen noch während ihres Studiums entlassen, weil sie durch zweimaliges Nichtbestehen entsprechender Leistungsnachweise nach dem hessischen Recht aus dem Beamtenverhältnis zu entlassen sind. Dies wirft dann in Folge Fragen auf. Ist das Bachelor Studium schwieriger als das vormalige Diplom Studium? Haben wir die richtigen Bewerberinnen und Bewerber seinerzeit eingestellt? Wird der Lehrstoff entsprechend vertieft vermittelt? Hier sind die Verantwortlichen dringend aufgerufen, eine Erkenntnisgewinnung herbeizuführen.

Fakt ist, dass durch das Nichtbestehen vieler angehender Kolleginnen und

Kollegen die ohnehin dünnen Personaldecken in den Behörden nicht verstärkt werden können. Immerhin dauert die Ausbildung auch drei Jahre! Wenn man sich im Bekanntenkreis umhört, scheint auch die Attraktivität des Polizeiberufes in Hessen nicht mehr den Stellenwert einzunehmen, den dieser einstmal hatte! Waren wir Mitte der neunziger Jahre im zurückliegenden Jahrhundert mit der Umsetzung der zweigeteilten Laufbahn noch Tabellenführer, haben wir diesen Platz schon lange heute verlassen. Dabei geht es

nicht nur um die Bezahlung im Quervergleich. Auch sonstige Leistungen, beispielsweise die immer stärker nachlassende beamtenrechtliche Versorgung oder die Änderungen an der Beihilfeverordnung, werden von den potentiellen Interessenten

für den Polizeiberuf aufmerksam zur Kenntnis genommen. Andere Bundesländer bieten beispielsweise während des Studiums „Bettplätze“ an, in Hessen wurden diese aus „Kostengründen“ abgeschafft! Auch beim Einkommen stellen viele Interessierte Bewerber fest, dass andere Bundesländer mehr zu bieten haben. Aufstiegs- und damit Karrierechancen werden ebenfalls kritisch begutachtet. Bei annähernd 8000 Oberkommissaren in der hessischen Polizei ist eine Aufstiegsmöglichkeit dann eher gering einzuschätzen. Da nützt es wenig, wenn man umgehend nach dem Erreichen der beamtenrechtlichen Voraussetzungen gleich in die A 10 befördert wird.

Die Föderalismusdiskussion und deren Umsetzung haben ebenfalls in Hessen dazu geführt, dass durch die Dienstrechtsmodernisierung für viele Kolleginnen und Kollegen finanzielle Nachteile durch die Überleitung in die Erfahrungsstufen zu konstatieren sind. Der Gesetzgeber hat fast ein Jahr dazu gebraucht, um dies zu erkennen. Ob und inwieweit die jetzt angestreg-

ten Gesetzesänderungen dies wieder durchgängig korrigieren, bleibt abzuwarten.

Um aber die immensen Anforderungen, die durch immer neue Kriminalitätsphänomene, durch die immer gegenwärtigeren Gefahren des Terrorismus bestehen, auch wirksam begegnen zu können, brauchen wir deutlich mehr Personal. Bisher gab es seitens der Landesregierung keine Bekundungen, ein deutliches „mehr an Personal“ in der hessischen Polizei einzustellen.

In diesem Jahr sollen 140 Kolleginnen und Kollegen zusätzlich eingestellt werden, um die Rückkehr zur 41 Stunden Woche, die im Koalitionsvertrag manifestiert ist, in den Schichtdienststellen personell zu verstärken. Wir wissen schon heute, dass diese zusätzlichen Kolleginnen und Kollegen aber auch nicht ansatzweise ausreichen werden, um die personellen Lücken zu schließen. Die Bekämpfung der organisierten Kriminalität, der wirksamen Begegnung von Cybercrime und die Bewältigung der arbeitstäglichen polizeilichen Lagen haben die hessische (und auch die deutsche) Polizei an den Rand ihrer Belastungsgrenze gebracht. Während am 31. Mai in Hofgeismar also 530 angehende Kolleginnen und Kollegen vereidigt werden, sind nahezu alle Alarmhundertschaften der hessischen Polizei in Offenbach beim Fußball – Relegationsspiel Kickers vs. Magdeburg eingesetzt. Immerhin waren die Karten für das Spiel am Bieberer Berg in fünf Stunden vergriffen und die Fanszenen lassen erahnen, was wahrscheinlich auf die Polizei zukommt.



Parallel laufen bereits anlässlich des G 7 – Gipfels im bayerischen Elmau die Einsatzmaßnahmen. Der dortige Kräfteinsatz ist so groß, dass alle Länder-



polizeien und die Bundespolizei nach dort ihre kompletten geschlossenen Einheiten entsendet haben. Viele dort eingesetzte Kolleginnen und Kollegen werden Dienste über 14 Stunden versehen. Durch die schwierige Unterbringungssituation der vielen tausend Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten werden einige lange An- und Abfahrtszeiten zu den Einsatzorten in Kauf nehmen müssen. Dann werden Dienstzeiten von 16 bis 18 Stunden auflaufen, die die Überstundenberge dann zusätzlich belasten werden. Es bleiben dann noch wenige Stunden zum Regenerieren. Wer hier den eingesetzten Beamtinnen und Beamten die durchgängige Stundenvergütung dann

noch verweigert, liegt falsch. Alles andere als die Anordnung von Bereitschaftsdiensten zwischen den Diensten und damit eine durchgängige 1:1 Vergütung der Arbeitszeit für die eingesetzten Kräfte wäre ein Hohn!

Nicht vergessen möchten wir die Kolleginnen und Kollegen, die für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in diesem Einsatzzeitraum Dienst versehen. Auch hier sind die Belastungen, bedingt durch personelle Defizite an der Basis, nahezu nicht zu verkraften. Erkrankungen durch Überbelastungen

können nicht ignoriert werden.

Wir werden dies sicherlich dann genau feststellen, wenn die Zahlen des Gesundheitslagebildes für die hessische Polizei veröffentlicht werden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir fordern euch auf: beteiligt euch am 16. Juni beim Protest gegen die Sparmaßnahmen der Landesregierung. Kommt zahlreich und bringt viele eurer Angehörigen mit. Schließlich sind es die Familien, Partner, Freunde und Bekannten, die auf euch verzichten müssen, wenn mal wieder wegen Personalknappheit Dienst versehen müsst.

POLZEITIPPS ZUM SCHUTZ VOR FAHRRAD-DIEBEN

In Hessen wurden im letzten Jahr 12.896 Fahrraddiebstähle registriert, 2013 waren es noch 12.013 Fälle. Die Möglichkeit der Fahrradcodierung können sie bei jeder Polizeidienststelle, ihrem Fachhändler und dem Allgemeinen Deutschen Fahrradclub (ADFC) erfragen.

Der Frühling ist da, die Radsaison hat begonnen. Eine Zeit, in der auch Fahrraddiebe besonders häufig zuschlagen. Denn das Stehlen von Rädern ist beliebt: So lag die Zahl der von der Polizei registrierten Fahrrad-Diebstähle in den vergangenen fünf Jahren bundesweit immer über 300.000 und stieg 2014 im Vergleich zu 2013 mit 316.857 registrierten Diebstählen erneut an. Diebstahl-Schutz ist also sinnvoll, schon ganz einfache Sicherheitsmaßnahmen helfen.

Wer sein abgestelltes Fahrrad vor Dieben schützen will, sollte es immer abschließen und zwar mit einem guten Schloss. Wichtig sei es auch, so Klotter weiter, das Fahrrad an einem festen Gegenstand anzuschließen, zum Beispiel einem Fahrradständer. Radler sollten dies insbesondere auf großen Stellplätzen beachten, zum Beispiel an Bahnhöfen oder Sport- und Freizeiteinrichtungen. Diese Orte sind bei Fahrraddieben



besonders beliebt.

Weiter sollte das Fahrrad individuell gekennzeichnet sein, um das Rad – bei einem Diebstahl – zweifelsfrei identifizieren zu können. Viele in Deutschland verkaufte Räder haben beispielsweise eine individuelle in den Rahmen eingeschlagene Rahmennummer. Eine andere Möglichkeit ist eine Codierung des Rads, mit deren Hilfe sich der Wohnsitz des Eigentümers ermitteln lässt. Fachhändler geben Auskunft, wo Radbesitzer ihre Räder codieren lassen können. Zusätzlich kann mit dem Aufkleber „Finger weg – Mein Rad ist codiert!“ auf diese Codierung aufmerksam gemacht werden, um potenzielle Diebe abzuschrecken. Der Aufkleber ist bei der Polizei erhältlich.

Wichtig ist auch ein Fahrradpass. Darin sollten alle Informationen stehen, die notwendig sind, um ein Fahrrad zu identifizieren und den rechtmäßigen Eigentümer ausfindig zu machen. Er sollte deshalb sorgfältig ausgefüllt und sicher verwahrt werden.

Wer ein Smartphone besitzt, kann die kostenlose FAHRRADPASS-App der Polizei (siehe Foto) nutzen.

OSTHESSEN AUF DEM SIEGERPODEST

HESSISCHE POLIZEIMEISTERSCHAFTEN IM WALDLAUF

Bei herrlichstem Sonnenschein richtete die HfPV im April 2015 die Hessischen Polizeimeisterschaften im Waldlauf aus. Auch wenn der Termin mitten in der Woche war, hatten sich knapp 500 Polizeisportler/-innen und -sportler aus ganz Hessen auf den Weg nach Mühlheim gemacht.

Das Polizeipräsidium Osthessen war mit 5 Teilnehmern auf der Mittelstrecke (5,3 km) und mit 8 Teilnehmern auf der Langstrecke (10,4 m) vertreten.

Veronica Rehm-Happ, die das PP Osthessen als einzige Frau vertrat, konnte in der Altersklasse II der Frauen den ersten Platz belegen.

In der Mannschaftswertung hat die Mannschaft des PP Osthessen mit Holger Braun, André Schwalm und Michael Koch einen doppelt unglücklichen vierten Platz auf der Kurzstrecke errungen.

Da in dieser Wertung die Platzierung herangezogen wurden, musste sich unser Team, trotz besserer Zeit, dem drittplatzierten Team aus dem PP Frankfurt geschlagen geben.

Auf der Langstrecke erreichte das Team Matthias Paul Rehm, Torsten Zechmeister und André Müller den ersten Platz in der Mannschaftswertung AK II der Männer. Abgerundet wurde der Erfolg mit dem dritten Platz des Hildersers Stefan Müller.

In einer kleinen Feierstunde gratulierte der Leitende Polizeidirektor Ralf Flohr den Platzierten für ihre hervorragenden Erfolge.



Im Beisein der Vorgesetzten brachte Flohr seine Begeisterung über die ausgezeichneten sportlichen Leistungen zum Ausdruck.



Abschließend überreichte er den Gruppensiegern der AK II der Langstrecke ihren Pokal.

Ergebnisse – Kurzstrecke, 5,3 km

Frauen AK II

1. Platz – Veronica Rehm-Happ, PSt Fulda, mit einer Zeit von 25:17 Min.

Männer AK II

6. Platz – Holger Braun, PSt Alsfeld, mit einer Zeit von 19:24 Min.,

10. Platz – André Schwalm, PSt Alsfeld, mit einer Zeit von 20:28 Min.,

20. Platz – Michael Koch, PSt Fulda, mit einer Zeit von 22:12 Min.

Männer AK I:

1. Platz – Felix Reis, PSt Alsfeld, mit einer Zeit von 19:06 Min.

Ergebnisse – Langstrecke 10,4 km

Männer AK I:

1. Platz – Stefan Müller, Pst. Hilders, mit einer Zeit von 41:34 Min.,

26. Platz – Christopher Pfaff, PAST Bad Hersfeld, mit einer Zeit von 56:57 Min.

Männer AK II:

6. Platz – Matthias Rehm, PSt Fulda, mit einer Zeit von 44:50 Min.,

7. Platz – Torsten Zechmeister, KD Fulda, mit einer Zeit von 45:28 Min.,

9. Platz – Andre Müller, Pst. Fulda, mit einer Zeit von 46:48 Min.,

13. Platz – Jörg Stöckel, Pst. Fulda, mit einer Zeit von 50:21 Min.,

16. Platz – Markus Zettl, KD Fulda, mit einer Zeit von 51:21 Min.

Männer AK III:

4. Platz – Michael Tegl, PAST. Bad Hersfeld, mit einer Zeit von 47:46 Min.

cj/OH

NEUER LEITER DER ROTENBURG

Die Stelle des Leiters der Polizeistation Rotenburg ist seit einiger Zeit vakant. In der Zwischenzeit wurde die Aufgabe kommissarisch durch PHK Horst Mertelmeyer von der DEG Bad Hersfeld wahrgenommen.

Bei dem zwischenzeitlich erfolgten Stellenbesetzungsverfahren wurde PHK Peter Lang, der bisher als Pvd bei der Einsatzzentrale in Fulda seinen Dienst versah, ausgewählt.

Peter Lang wird Ende Mai durch den



osthessischen Polizeipräsidenten in sein neues Amt offiziell eingeführt.

Wir wünschen ihm schon jetzt viel Erfolg bei seiner neuen Aufgabe und ein glückliches Händchen beim ‚Personalgeschäft‘. Die Bediensteten haben es verdient.

Dem kommissarischen Vertreter Horst Mertelmeyer gilt unser Dank für die Bereitschaft zur vorübergehenden Übernahme dieser verantwortungsvollen Tätigkeit.

EIN ‚WEITER SO‘ KANN UND DARF ES NICHT GEBEN

VERANTWORTUNG IN DER GEWERKSCHAFTS- UND PERSONALRATSARBEIT IST ZU EINEM TANZ AUF DER RASIERKLINGE GEWORDEN

Wir schreiben das Jahr 1973 – einige hundert Polizeibeamte treten in den Dienst der hessischen Polizei ein. Am Ende Ihrer Ausbildung haben alle bei der Vereidigung auf die hessische Verfassung ihren Eid abgelegt.

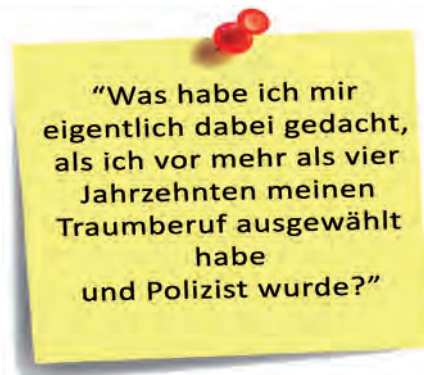
Stolz und voller Tatendrang traten damals und treten heute immer noch junge Menschen in den Dienst der hessischen Polizei ein. Es ist in hohem Maße selbstverständlich, dass wir auf unsere Hessische Verfassung aus dem Jahre 1946 unseren Eid ablegen. Wir schwören darauf, dass wir Menschenrechte achten. Geschlecht, Rasse, Herkunft, religiöse und politische Überzeugung spielen keine Rolle, wenn wir als Polizistinnen und Polizisten zu bewerten und zu entscheiden haben.

In unserem Land ist der Mensch frei, solange er die Rechte des anderen nicht verletzt oder unsere verfassungsgemäße Ordnung des Gemeinwesens nicht beeinträchtigt. Wir dürfen niemanden zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung zwingen, wenn nicht ein Gesetz, oder eine auf einem Gesetz beruhende Bestimmung dies verlangt oder zulässt. Es ist nur ein kleiner Ausflug in die ersten Zeilen unserer Hessischen Verfassung und schon komme ich ins stolpern, denke nach und komme ins tiefe Grübeln.

Was habe ich mir eigentlich dabei gedacht, als ich vor mehr als vier Jahrzehnten meinen Traumberuf ausgewählt habe und Polizist wurde?

Ich kann mich noch an Vieles erinnern, den Stolz den man in sich trägt, die Verantwortung, die einem schnell bewusst wird, aber auch die Gefahr, die einem täglich begegnet.

1981, mitten aus einer „normalen“ Streifenfahrt heraus, in Sekundenschnelle eine brutale Unterbrechung eines bis dahin unauffälligen Dienstverlaufes durch einen schweren Verkehrsunfall. Ein Dienstunfall mit gravierenden Folgen und es folgt ein viele Monate andauernder Kampf, im Dienst bleiben zu dürfen.....



Es war sicherlich auch ein ganz persönlicher Kampf, um das Versprechen und den Vertrag mit meinem Land Hessen weiterhin einlösen und einhalten zu können.

Ich bin an dieser Stelle nicht alleine und Gott sei Dank müssen nicht alle sich nach so schweren Dienstunfällen zurückkämpfen. Aber viele von uns gehen über Jahrzehnte diesen hochprofessionellen Weg, wollen Jahr für Jahr, Monat für Monat, jeden Tag und jede Stunde den „Vertrag“ erfüllen.

Und auf dem Weg, bis zur abschließenden Erfüllung nehmen wir verdammt viele persönliche Entbehrungen und einen nicht immer leichten dienstlichen Wege in Kauf.

Deutlich sage ich hier und an dieser Stelle – dies geschieht immer im Vertrauen darauf, dass unser Vertragspartner die gemeinsam getroffenen und unterschriebenen Vereinbarungen ebenfalls einhält.

Was hat sich in mehr als vierzig Jahren geändert, warum kommen immer mehr Kolleginnen und Kollegen mit Fragen und Beschwerden auf uns zu – ist das Vertrauen zum Arbeitgeber verloren gegangen?

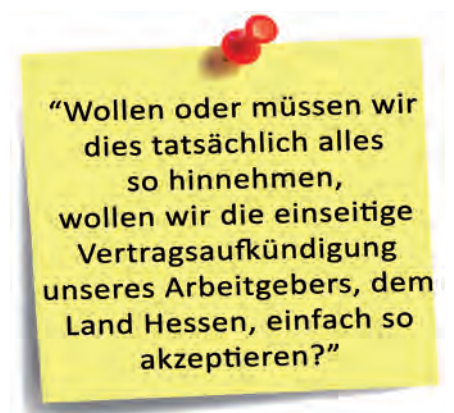
Ich/wir können nicht immer alle Fragen abschließend und vor allem zur Zufriedenheit aller beantworten, ich will aber gerne meine eigenen Gedanken zu den Veränderungen der letzten Jahre versuchen darzustellen. Gedanken die mich als einfachen Schutzmann aus dem Schicht- und Wechseldienst, als Personalratsvor-

sitzender und als aktiver Gewerkschafter jeden Tag umtreiben.

Wenn ich mich heute im Schicht- und Wechseldienst bewege, werde ich natürlich als Personalratsvorsitzender und Gewerkschaftsvertreter gesehen und angesprochen. Aber mit jeder Stunde, die ich mit meinen Kolleginnen und Kollegen unterwegs bin, mit jedem Thema, was wir in kleinen Gruppen oder während der Streifenfahrt unter vier Augen diskutieren, weiß ich mir die Problemstellungen in den Kopf. Es wird mir schnell klar, dass man die vielen Dinge nicht nur mit mir bespricht, sondern dass man sich auch untereinander permanent und seit Jahren dauerhaft mit Problemstellungen auseinandersetzt – Probleme, für die einzig und allein in den Augen meiner Kolleginnen und Kollegen unsere Politik die Verantwortung trägt.

Stellenstreichungen, Gehaltskürzungen, Reduzierung der Arbeitgeberanteile in der Gesundheitsversorgung bei gleichzeitig steigender Belastung und zunehmender Gewalt gegen Polizeibeamte.

Ja, auch wenn es keiner mehr hören will, dies sind die Tagesthemen unserer Kolleginnen und Kollegen. Hinzu kommen so „unbedeutende Randthemen“ wie eine nicht wirklich verlässliche Karriereplanung, gekoppelt an unübersichtliche Personalentwicklungskonzepte, Nachtdienste und Dienstzeiten die unter schwierigsten Bedingungen abgeleistet werden – für ein paar Cent die Stunde, und dann die ungeheuerliche und motivationsvernichtende Nullrundenplanung.



Und damit nicht genug: die geplante, gnadenlose Abkopplung von weiteren Gehaltsanpassungen, die in anderen Ländern stattfinden, werden, wird uns in den nächsten Jahren Tag ein und Tag aus auf den Revieren, in den Kommissariaten, in den Streifenwagen und bis nach Hause in unsere Familien verfolgen.

Wollen oder müssen wir dies tatsächlich alles so hinnehmen, wollen wir die einseitige Vertragsauflösung unseres Arbeitgebers, dem Land Hessen, einfach so akzeptieren?

In der freien Wirtschaft regelt das Bürgerliche Gesetzbuch den Vertragsbruch oder sittenwidrige Rechtsgeschäfte in den §§ 138 und 826 BGB. Das Land Hessen verstößt aus meiner Sicht gröblichst gegen gute Sitten und grundgesetzlich verbrieft Alimentsverpflichtungen und kündigt darüber hinaus einseitig das Treueverhältnis auf.

Ich gehe noch einen Schritt weiter und sage sehr deutlich, dass mir durch dieses politische Diktat vorsätzlich ein Schaden zugefügt wird. Und wenn die politischen Verantwortlichen der Auffassung sind, die Hessische Verfassung einseitig, nur zum Erreichen ihrer parteipolitischen Ziele mißbrauchen zu können, indem Sie Gesetze verabschieden und Bestimmungen erlassen, dann werte ich dies für mich als ein sittenwidriges Rechtsgeschäft unter Ausnutzung und meiner Zwangslage!

„Das Land Hessen verstößt aus meiner Sicht gröblichst gegen gute Sitten und grundgesetzlich verbrieft Alimentsverpflichtungen und kündigt darüber hinaus einseitig das Treueverhältnis auf“.

Ja, Zwangslage: ich darf nicht streiken, ich darf nicht in Uniform meinen Unmut bei Demonstrationen kund tun, ich darf als einfacher Schutzmann nicht einmal offen sagen, was ich von meinem Arbeitgeber halte. Meine Hände hat man mir auf den Rücken gebunden und den Mund zugeklebt – genau dies nenne ich in diesem Zusammenhang eine „Zwangslage“ und genau dies nutzt mein Dienstherr für

die Durchsetzung seiner „Rechtsgeschäfte“, mit mir persönlich, um mich auszubuten!

Ich komme nicht umhin und sage hier und jetzt sehr deutlich: **Ein „weiter so“ kann und darf es nicht geben**

Als Gewerkschafter sage ich sehr deutlich, dass wir den verantwortlichen Politikern unsere Enttäuschung deutlichst vor Augen führen müssen. Es kann nicht sein, dass man sich durch linkische Tricks die wirklich gute Arbeit von uns allen politisch zu Nutzen macht, an der Schraube statistischer Entwicklungen schraubt und schraubt und schraubt, bis wir am Ende die heile und perfekte Welt verkünden können – Straftatenaufkommen „Null“, Aufklärungsquote 110 Prozent.

Spätestens am Tage dieser Verkündung bin ich bereit offen auszusprechen, was viele schon heute denken, – wir werden von den Politikern belogen und betrogen!

Im gleichen Zeitraum steigen unsere persönlichen Belastungen unerträglich an, die Krankheitsraten steigen und steigen, wer es nicht mehr schafft, wird rausgeschmissen und ebenfalls gleichzeitig schlägt uns eine ansteigende Rohheit in der Gesellschaft jeden Tag mehrmals ins Gesicht.

Wo wollen die Politiker mit ihrer Politik eigentlich hin? Das ambivalente politische Verhalten kann ich mir nicht wirklich erklären. Dem Erkennen gestiegener Gefahren in unserem Beruf sowie Lob und Dank für immer wieder perfekte polizeiliche Leistungen stehen die einseitige Aufkündigung des Treueverhältnisses sowie permanente Abzüge, Leistungskürzungen und die Abkopplung allgemeiner Gehaltsentwicklungen gegenüber.

Als Personalrat habe ich die Verpflichtung, unsere Aufgabe in den Vordergrund zu stellen. Diese Aufgabe nehmen wir gemeinsam an und arbeiten daran, dass wir zum besten Ergebnis für unsere Bürgerinnen und Bürger kommen. Aber auch zu unserem eigenen Schutz nutzen wir die vorgegebenen Rahmenbedingungen, so gut es geht. Ein selbstverständlicher Weg, auf dem wir uns auch nicht ansatzweise beirren lassen – auch wenn die hierfür vorhandenen Freiräume immer kleiner und enger werden.

„Ich möchte keine über den Presseverteiler zugespielten Lobeshymnen mehr hören und lese diese auch nicht mehr aufmerksam, sie sind nicht ehrlich“.

In der Binnenbetrachtung dürfen sich unserer Kolleginnen und Kollegen auf einen kraftvollen Personalrat verlassen. Ein gerüttelt Maß an Kampfkraft retten die gewählten Vertreter immer noch aus der gewerkschaftlichen Betätigung hinüber in die personalrätliche Betreuung – und das ist gut so!

Als Schutzmann bin ich einfach nur tief enttäuscht und ein Stück weit auch entmutigt. Ich möchte keine über den Presseverteiler zugespielten Lobeshymnen mehr hören und lese diese auch nicht mehr aufmerksam, sie sind nicht ehrlich.

Wenn uns Partnerinnen oder Partner auf die Schulter klopfen und sagen „...das hast Du toll gemacht“ dann sehen und erkennen wir die Ehrlichkeit in einer solchen Aussage. Ich werde mir dieses ehrliche Miteinander bewahren.

Ich wünsche mir alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der hessischen Polizei an meine Seite, damit wir gemeinsam dafür kämpfen, dass Verträge eingehalten werden, Treueverhältnisse wieder aufleben und dann bestehen bleiben. ■

*Lothar Hölzgen
Wiesbaden*



Wir schwören...

BLOCKUPY-EINSATZBETREUUNG

DIE GdP MAIN-KINZIG IM EINSATZ

Am 14.03.2015 unterstützten die Senioren, Lothar Heerd und Norbert Tumbrägel die Betreuungskräfte der Gewerkschaft der Polizei beim Blockupy-Einsatz anlässlich der Eröffnung der Europäischen Zentral Bank (EZB) in Frankfurt.

Im ehemaligen Neckermann-Gebäudes in Frankfurt an der Hanauer Landstraße hatte die Frankfurter Einsatzleitung der Polizei die Versorgungszentrale eingerichtet. Man munkelte, dass die frisch eingebauten Kühlhäuser für die Küche noch nicht in Betrieb genommen werden konnten, weil Neckermann vorher den Geschäftsbetrieb einstellte.

Dank der guten Grundvorbereitung durch die Organisatoren um die Bezirksgruppenvorsitzende in Frankfurt, Karin Schäfer, war es eine Freude den eingesetzten Kräften aus allen Ländern der Republik, gleich welcher Couleur, eine kleine Aufmerksamkeit bereithalten zu dürfen.

So hatten sich die GdP-Kolleginnen und Kollegen gleich hinter der Kantine eingerichtet und konnten neben Espresso, Cappuccino und Kaffee auch die unterschiedlichsten Sorten Eis am Stil kostenfrei zur Verfügung stellen. Natürlich durften auch die obligatorischen Schaumküsse nicht fehlen.

Bei der Gelegenheit konnten die Kollegen auch Tischfußball



Das Betreuungsteam v.l.: Norbert Tumbrägel, Karin Schäfer, (BZG Ffm) und Lothar Heerd.

und Dart spielen. Weiterhin fanden auch viele kleine Werbeartikel der GdP reißenden Absatz.

Wenn es gerade einmal etwas ruhiger war, ging man mit Eis und Schaumküssen auch direkt raus zu den Einsatzkräften.

GdP Südosthessen

G(IGANTEN) d(ER) P(ISTE) 2.0

Aufgrund einer sehr kurzfristigen Absage durch den eigentlichen Reiseveranstalter musste das für diesen Winter anvisierte Ziel „Obertauern“ unter Beibehaltung des ursprünglichen Reisezeitraums (Januar 2015) in eine Fahrt in das Skigebiet „Serfaus-Fiss-Ladis“ geändert werden, was, wie sich später herausstellte, kein schlechter Tausch war.

Die Anreise mit einem Bus der Firma „Ski-Eckert“ verlief für die stark dezimierte Truppe von „nur“ fünf GdP-Mitfahrern angenehm und kurzweilig. Auch die Pension, in welcher der Großteil der Mitreisenden untergebracht war, fand unter anderem wegen der angegliederten Gaststätte / Metzgerei großen Anklang und ersparte hinsichtlich der Verpflegung abendliche Suchgänge. Irritationen gab es lediglich bei der Ankunft, als alle fünf Mitfahrer als Antwort auf ihre Zimmernummer die Zahl „12“ genannt bekamen. Dass besagte Nummer 12 eine Ferienwohnung mit mehreren Schlafzimmern und Bädern war, stellte sich nach der ersten Verwunderung nicht als Negativpunkt heraus und ließ Klassenfahrtserinnerungen hochkommen.

Das Skigebiet erwies sich als sehr weitläufig, wobei aufgrund der Wetterlage am ersten Skitag nur die unteren Pisten befahren werden konnten. Sämtliche höher angelegten Sessellifte und Kabinenbahnen wurden nach und nach wegen des stürmischen Windes abgeschaltet. Vielleicht auch deswegen nutzte die Truppe eine weiter unten gelegene Kabinenbahn für eine ausgedehnte „Sightseeing“-Rundtour, in deren Ver-



Skilegenden im Einsatz.

lauf manch potentieller Fahrgast an der Talstation verduzt in die sich nicht leerende Gondel voller Menschen schaute, welchen schließlich an einer der beiden oberen Haltepunkte völlig dehydriert doch noch der Ausstieg gelang.

Am zweiten Tag zeigte sich das Gebiet technisch anspruchsvoll. Die durch Schneefall und Nebel geringe Sichtweite führte in Kombination mit dem zu Haufen zusammengeschobenen Schnee zu anstrengenden Abfahrten, durch die sich die zu allem entschlossene Truppe bis zum Ende des Liftbetriebs

eisern hindurch kämpfte. Das Ganze je nach individuellem Können mehr oder weniger elegant.

Erst der letzte Skitag zeigte sich von seiner besten Seite, so dass die Gruppe bei strahlendem Sonnenschein einmal quer das Skigebiet durchreisen konnte.

Ausrüstungstechnisch waren im Verlauf der Fahrt einige Neuerungen zu verzeichnen. Ob „günstig“ im Shop an der Mittelstation erworbene Markenhandschuhe (als Ersatz für die zuvor vom Winde verwehten Exemplare) oder die von Unbekannten am Skiständer vor der Jausenhütte „fast neu

gegen teilweise abgebrochen“ eingetauschten Skistöcke, das Skigebiet hielt in dieser Hinsicht einige Überraschungen parat.

Rückblickend gesehen war es eine wieder mal sehr spaßige, feuchtfröhliche Tour mit lieben Kollegen, die sich über weitere Mitfahrer im nächsten Winter freuen würden. Einladung folgt.

Katja Uffelmann

BZG SÜDOSTHESSEN BEI TARIFDEMO IN WIESBADEN

Am 13.04.2015 nahm die Bezirksgruppe Südosthessen an der Demonstration in Wiesbaden vor den Tarifverhandlungen in Dietzenbach teil.

Nach einer kleinen Stärkung ging es direkt vor das Innenministerium, wo wir am GdP-Stand mit Fahnen und weiteren Demo-Utensilien versorgt wurden. Die Tarifbeschäftigten unter den Teilnehmern konnten sich registrieren, um das ihnen zustehende Streikgeld zu bekommen. Im Anschluß ging es großen, laustarken Zug durch die Innenstadt, um an der Kundgebung auf dem Kochbrunnenplatz vor der Staatskanzlei teilzunehmen. Auch hier war viel Stimmung.

Viele Berufsgruppen wie z.B. die Feuerwehr waren in ihren Uniformen erschienen. Ein Unding, daß dies in Hessen nicht möglich ist, weil die Regierung nach wie vor nicht an Bildern von demonstrierenden Polizeibeschäftigten interessiert ist – könnte ja schlecht in der Presse aussehen. Da präsentieren wir dem Wähler doch lieber die nächste schönerechnete Statistik...

Nach der Rede von Andreas Grün und anderen ging es wieder geschlossen zum Startpunkt. Die gesamt Rede unseres Landesvorsitzenden ist unter dem Titel „GdP-Landeschef Andreas Grün als Redner bei der Demo am 13. April 2015“ bei Youtube zu finden.

Ausbaufähig war die Anzahl der Teilnehmer aus SOH, sowohl bei Tarifbeschäftigten als auch bei den Beamten. Für die Tarifbeschäftigten ging es ja unmittelbar um ihre Einkommenssteigerung, und da Tarifbeschäftigte streiken dürfen, auch ohne finanzielle und zeitliche Einbußen. Und auch für die Beamten hat der anschließend erzielte Abschluss Signalcharakter, Tarifdiktat hin oder her. Woran liegt es? Angst? Bequemlichkeit? Wir jedenfalls würden uns freuen, bei kommenden Aktionen mehr Kolleginnen und Kollegen aus SOH zu sehen.

*Markus Hüschentbett,
BZG SOH*



ERFOLGREICHE TITELVERTEIDIGER

TISCHTENNISMEISTERSCHAFTEN DES POLIZEIPRÄSIDIUMS OSTHESSEN



Bei den diesjährigen osthessischen Tischtennismeisterschaften in der Margrethahauser Turnhalle standen sich insgesamt 15 Beschäftigte zum schnellsten Ballspiel an den Tischen gegenüber. Neben den schweißtreibenden Aktivitäten mit dem kleinen weißen Zelluloidball, gab es wiederum genug Zeit für den kollegialen dienststellenübergreifenden Austausch.

Pünktlich um 13:30 Uhr begrüßten die Turnierleiter Stefan Hebel, Christof Schürle, Thomas Scheunert sowie in Vertretung für die Behördenleitung Thomas Rodemer die teilnehmende Spielerin und die Spieler.

Wie immer begannen die Meisterschaften mit den Doppeln. Die jeweilige/n Doppelpartner/-in waren zuvor ausgelost worden. In der Hobby-Klasse bezwang das Doppel Holger Brauner/Maik Dorsch die Paarung Manuela Lang/Stefan Hepe. Bei den Aktiven unterlagen Thomas Fladung/Thomas Scheunert glatt in 3 Sätzen gegen Hans-Otto Schaper/Alfred Hau.

Die Hobby-Klasse spielten dann ihre Meisterschaften in dem Spielmodus „jede/r gegen jeden“ aus. Dabei konnte Stefan Hepe ungeschlagen seinen Titel aus dem Vorjahr verteidigen. Platz 2 belegte Holger Brauner, auf dem 3. Rang platzierte sich Maik Dorsch.

Die Aktiven-Spieler wurden zunächst in 2 Gruppen zugelost und spielten in diesen Gruppen jeweils gegeneinander. Für die Halbfinalspiele qualifizierten sich die beiden Erstplatzierten in diesen Gruppen. Die Sieger der Halbfinale trugen dann anschließend das Endspiel aus, während die unterlegenen Sportler Platz 3 ausspielten.

Am Ende belegte Matthias Herr Platz 3. In einem hochspannenden Endspiel mit tollen Ballwechsellern gewann der Ab-



wehrstrategie Hans-Otto Schaper knapp in 5 Sätzen gegen den offensiv spielenden Christof Schürle. Der kürzlich in den Ruhestand verabschiedete Hans-Otto Schaper ist nicht nur erfolgreicher Titelverteidiger, sondern der erste Pensionär, welcher die osthessischen Tischtennismeisterschaften gewinnen konnte.

Zum Abschluss der Veranstaltung fand gegen 18:00 Uhr die Siegerehrung statt. Der ehemalige Polizeipräsident Gero Kolter ließ es sich nicht nehmen, seinen Ehren-Wanderpokal an den Aktiven-Sieger Hans-Otto Schaper zu überreichen. Stefan Hepe erhielt aus den Händen von KD Klaus Wittich den Siegerpokal der Hobby-Klasse überreicht. Die Turnierleitung und die Ehrengäste bedankten sich bei der Sportlerin und den Sportlern für ihre Teilnahme, den reibungslosen und sportlich fairen Ablauf und die gute Versorgung. Ein besonderes Dankeschön gehört dem TTG Margrethahaun-Künzell, welche die TT-Meisterschaften mit der zur Verfügung Stellung ihrer Sportgeräten und Räumlichkeiten tatkräftig unterstützt hatten.

Festzuhalten bleibt, dass die Teilnahme an den osthessischen Tischtennismeisterschaften viel Spaß gemacht hat. Deshalb wollen wir auch im kommenden Jahr wieder diesen sportlichen Wettbewerb durchführen. Es wäre sehr schön, wenn

sich noch mehr Kolleginnen und Kollegen, insbesondere in der Hobby-Klasse, dann für eine Teilnahme entscheiden würden.

*Stefan Hebel, Christof Schüre
und Thomas Scheunert
(Turnierleitung)*



MICHAEL BÖHM IST IM RUHESTAND

Mit dem Erreichen der Altersgrenze wurde Michael Böhm von der Polizeistation Fulda Ende März 2015 in den Ruhestand verabschiedet.

In einer kleinen Feierstunde im Polizeiposten NeuhoF überreichte der Direktionsleiter dem neuen Pensionär seine Urkunde. Lobende Worte, verbunden mit Anekdoten aus dem langjährigen Berufsleben, ließen die Zeit schnell vergehen und konnten doch nur ein kurzes Blitzlicht auf eine über 40-jährige Dienstzeit darstellen, von denen der erfahrene Schutzpolizist allein 32 Jahre im Schichtdienst bei der Polizeistation Fulda und dem Polizeiposten in NeuhoF verbracht hat.

Die zahlreichen Gratulanten, zu denen neben dem Leiter der Polizeistation Fulda, Polizeioberrat Wolfgang Bommer, auch die beiden ehema-



Michael Böhm (Bildmitte) mit seinen 'Chefs' v.l.: Dienstgruppenleiter Peter Heil, PSt-Leiter Wolfgang Bommer, PPO-Leiter Eberhard Jahn, PD-Leiter Bernhard Jäger und die beiden ehemaligen Leiter des Polizeiposten NeuhoF Bernhard Wald und Gerhard Dorn.

ligen und der derzeitige Leiter des Polizeipostens NeuhoF gehörten, ließen in ihren Grußworten immer wieder „Stories“ aufblitzen, die sie in gemeinsamen Dienstzeiten mit Michael Böhm erlebt hatten. Die Grüße des Personalrats übermittelte der Fuldaer GdP-Vorsitzende Thomas

Scheunert, der auch lobende Worte für die jahrzehntelange aktive Zugehörigkeit zur Gewerkschaft fand.

Wir wünschen Michael Böhm für seinen Ruhestand eine ausgefüllte Zeit bei bester Gesundheit.

aus Pressemeldung

AUGUST WETTLAUFER IST IM RUHESTAND

Ende März wurde der langjährige Mitarbeiter des Regionalen Benutzerservices August Wettlaufer in den Ruhestand verabschiedet. Im Rahmen einer kleinen Feierstunde wurden seine Verdienste bei der Polizei gewürdigt und sein beruflicher Werdegang dargestellt.

Nach abgeschlossener Lehre als kaufmännischer Angestellter und einigen Jahren Berufserfahrung wechselte August Wettlaufer im Juli 1980 zum damaligen Polizeikommissariat (PK) Bad Hersfeld und begann dort als Verwaltungsangestellter. Mit dem Wechsel der Dienststellenbezeichnung im Jahr 1991, vom Polizeikommissariat zur Polizeidirektion änderte bzw. erweiterte sich auch das Aufgabenfeld. Der Einzug der EDV machte sich verstärkt bemerkbar. Neben den Aufgaben des kommissarischen Verwaltungschefs war August Wettlaufer nun auch für die Administration der Computer und der Textautomaten der Polizeidirektion verantwortlich. Federführend war er dabei verantwortlich für die Durchführung des Pilotprojekts Windows NT am Standort Bad Hersfeld, bei welchem mit



etwa 65 Computer gestartet wurde.

Nachdem im Jahr 2001 wieder eine Organisationsänderung in der Polizei stattgefunden hatte, gehörte der jetzige „Ruheständler“ nun der Abteilung Zentrale Dienste des Polizeipräsidiums Osthessen an. Bis zu seiner Ruhestandsversetzung leitete er dabei die Außenstelle Bad Hersfeld des Hauptsachgebiets Z 2 souverän und eigenverantwortlich.

Nach dem Überreichen der Ruhestandsurkunde, dem Dank an die Ehe-

frau und den besten Wünschen für den neuen Lebensabschnitt, schlossen sich Ruth Steinberg für den Personalrat und Martin Mohr für die GdP dem Dank an und überreichten ein Präsent zum Ruhestand.

Nach bewegenden Dankesworten seines engsten Mitarbeiters Michael Dörschmann, bedankten sich noch der Hauptsachgebietsleiter Stefan Böhning und übergab August Wettlaufer ein kleines Abschiedsgeschenk der Abteilung Zentrale Dienste.

Für den neuen Lebensabschnitt wünschen wir August Wettlaufer alles Gute und viele schöne und gesunde Jahre als Rentner.



FUSSFESSEL

EBERHARD MÖLLER VERLÄSST DAS PP OSTHESSEN

Der Leiter des Abteilungsstabes der ostthessischen Polizei, KD Eberhard Möller, wird zukünftig im Landespolizeipräsidium in Wiesbaden seinen Dienst versehen.

Ende April verabschiedeten ihn viele seiner langjährigen Wegbegleiter offiziell. Im Namen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dankte ihm Präsident Hoff für sein Engagement in den vergangenen 20 Jahren und erinnerte an die gemeinsame Zeit im Aufbaustab für das Polizeipräsidium Osthessen.

Für die neue Aufgabe wünschte ihm der



Behördenleiter einen guten Start, vor

allem Gesundheit und immer eine un-fallfreie Fahrt.

Eberhard Möller verschlug es nach verschiedenen polizeilichen Stationen letztendlich 1996 nach Fulda. Hier übernahm er zuerst die Leitung der Kriminalpolizei Fulda und anschließend nach der Neuorganisation für über zehn Jahre die Kriminaldirektion. Danach leitete er den Abteilungsstab.

Für seine neue Aufgabe im Landespolizeipräsidium wünschen wir ihm viel Erfolg.

NUER SPORTBEAUFTRAGTER BEIM PP OSTHESSEN

THOMAS SCHEUNERT HAT AMT ÜBERNOMMEN

Nach über 12 Jahren verabschiedete der Leiter der Abteilung Einsatz, Ralf Flohr, den Sportbeauftragten des Polizeipräsidioms Osthessen aus seinem Amt.

Michael Tegl war seit 2003 in dieser Funktion tätig und vertrat bei Besprechungen die sportlichen Belange unserer ostthessischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Dabei war er ständiger Ansprechpartner für alle Fragen rund um den Dienstsport.

Leider war es ihm in den vergangenen Jahren immer schwieriger geworden, diese Aufgabe, neben seiner Funktion als Dienstgruppenleiter der Autobahnpolizei Bad Hersfeld, wahrzunehmen.

Ralf Flohr bedankte sich ausdrücklich für das Engagement, welches der Sportbegeisterte Tegl gezeigt hat. „Über so viele Jahre diese Funktion ‚on-top‘ zu begleiten, ist bemerkens- und aner kennenswert“, stellte Flohr klar. Für die Zukunft wünscht er dem ambitionierten Läufer gute Gesundheit und alles Gute. Im Anschluss handigte der Ralf Flohr dem Behördlichen Gesundheitsmanager



Thomas Scheunert (rechts) dankt Michael Tegl für seine jahrelange Tätigkeit als Sportbeauftragter und überreicht im Namen der GdP ein Präsent als Dankeschön.

Thomas Scheunert die Beauftragung für seine neue Aufgabe mit den besten Wünschen aus.

Präsent. Dem ‚Neuen‘ wünschen wir ein ebenso glückliches Händchen in seinem neuen Amt.

„Die Zusammenarbeit in den Gremien verlief in den vergangenen Jahren einwandfrei und es wird lange dauern, die Fachkompetenz des ‚Mitch‘ zu ersetzen“, erklärte der Neue. Die ostthessische GdP dankt Michael Tegl für die jahrelange und verantwortungsvolle Aufgabe als Sportbeauftragten des Präsidioms und überreichten zum Dank ein kleines

An alle weiblichen Mitglieder der GdP

Die Frauengruppe der GdP möchte Euch zu einem „Kletter- und Klönnachmittag“ einladen.

Geplant ist, dass wir am **Mittwoch, den 15. Juli um 13.00 Uhr** in die Kletterhalle Marbachshöhe gehen, wo wir erst einmal eine Einweisung in die wichtigsten Grundzüge des Kletterns bekommen. Im Anschluss wollen wir noch in ein Lokal gehen, wo wir bei netten Gesprächen uns näher kennenlernen und etwas essen und trinken können.

Wer Interesse hat, bitte bei **Jutta Angersbach, Iris Icke, oder Monika Sadowski-Jacobi** telefonisch oder per Mail melden, damit wir einiges vorplanen können.

SENIORENSEMINAR WIEDER AUSGEBUCHT

ZUR ZWEITEN AUFLAGE DES SENIORENSEMINARS LACHTE DIE SONNE

Im trüben regnerischen November führte der Landesseniorenvorstand ein Seniorenseminar durch.

Etliche Kolleginnen und Kollegen konnten bei dieser ausgebuchten Veranstaltung nicht berücksichtigt werden. Sie fanden sich bei Sonnenschein Ende März für zwei Tage in der schönen Rhön ein. Auch diesmal war der Seminarraum bis auf den letzten Platz gefüllt. Der alte Schutzmansslogan bei Einsätzen „Ohne Mampf keinen Kampf“ ist noch geläufig. Dem hatte man Rechnung getragen, was bei einem Tagungshotel mit angeschlossener Metzgerei nicht schwierig war.



Gruppenfoto auf dem Tanner Marktplatz.



Seniorenvorsitzender Harald Dobrindt begrüßte die Seminarteilnehmer.

Wieder eine Fülle von Informationen

Zunächst hatte es der Landesessenorenvorstand geschafft, die gleichen Referenten zu den gleichen Themen zu verpflichten. Rechtsanwalt Dr. Norbert Rücker referierte wieder zum Thema „Erben und Vererben“.

Der Vortrag von Dr. Klaus Freudenberg



Dr. Klaus Freudenberg aus Hünfeld befasste sich mit gesunder Ernährung, Bewegung und Vorsorge.

befasste sich mit gesunder Ernährung, Bewegung und Vorsorge. Kollege Peter Schüttrumpf, der Seniorenvorsitzende der Bundespolizei, erläuterte die Patientenverfügung, Betreuungsverfügung und Vorsorgevollmacht. Er ging auf den Organspende- und Notfallausweis ein und erklärte den Notfallordner. Über die Inhalte der Referate berichteten wir bereits anlässlich des Novemberseminars. Auch die Theatergruppe „Roßdorfer Spätlese“ vom Kollegen Charly Braun trat auf. Sie konnte wieder zum Thema „Straftaten gegen Senioren“ informieren und auf lustige Art unterhalten.

Neu: Leben in einer Zeit des Wandels

Wegen Terminüberschneidungen mußte Kollege Peter Wittig kurzfristig sein Referat „Die GdP im Internet“ absagen. Hier sprang der Seniorenvorsitzende Harald Dobrindt ein. Er präsentierte einen Vortrag von Frau Prof.Dr.Dr. Ursula Lehr. Frau Lehr ist ehemalige Bundesministerin und Vorsitzende der BAGSO (Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen). Anlässlich der GdP Bundesseniorenkonferenz 2014 hatte Frau Lehr den Vortrag mit dem Titel „Herausforderung und Chance in einer Welt des Wandels“ gehalten. Anhand von Statistiken und Bildern untermauert sie ihre Thesen.

Sätze aus dem Vortrag

Wir leben in einer Zeit des

demografischen Wandels, in einer Zeit des langen Lebens. Es gilt nicht nur dem Leben Jahre zu geben, sondern den Jahren Leben zu geben. Veränderungen bestimmen Gegenwart und Zukunft und zwingen uns, unsere Erfahrungen auf den neuesten Stand zu bringen. Wir müssen ein Leben lang lernen und anders, als es von unseren Großeltern gefordert wurde, weil wir uns mit den Veränderungen unserer Umwelt, die häufiger sind und mit immer größerer Beschleunigung vor sich gehen, auseinandersetzen müssen.

„Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nicht mehr“ ist durch viele Untersuchungen widerlegt. Der Anteil der gesunden Lebensjahre, die man in Unabhängigkeit und Selbstständigkeit verbringt, ist in den letzten Jahrzehnten stark angestiegen und wird weiter ansteigen. Alter hat viele Gesichter. Da ist auch der kranke auf Hilfe und Unterstützung angewiesene Mensch.

Der Mensch braucht eine Aufgabe. Langeweile macht krank. Herausforderungen einer immer älter werdenden Gesellschaft: Selbstständigkeit und Unabhängigkeit möglichst lange zu erhalten. Auch der kranke Mensch hat noch Bereiche von Gesundheit, die gepflegt werden müssen. Was rastet das rostet. Bei vielen Begrenzungen des eigenen Vermögens soll man die Kunst zum Auskosten der noch gegebenen Möglichkeiten beherrschen.

Anmerkung von Harald Dobrindt: „Auch unsere GdP bietet viele Möglichkeiten, sich noch einzubringen“.

Schwerpunkt Beihilfe

Der Landesvorsitzende Andreas Grün konnte wegen eines anderen Termins seinen aktuellen gewerkschaftlichen Bericht nicht abgeben. Es erschien sein Vertreter Ewald Gerke.

Ewald Gerke ist im geschäftsführenden Landesvorstand für das Sachgebiet Beihilfe zuständig. Damit war er genau der Richtige, um umfassend über den aktuellen Sachstand zu berichten. Beihilfe ein Thema, welches bei den Senioren auf besonderes Interesse stößt.

Es war einzig die GdP, die in Hessen eine schon früher geplante Verschlechterungen der Beihilfe verhindert hatte. Seit April 2014 ist sie



Ewald Gerke berichtete u.a. über den aktuellen Sachstand in Sachen ‚Beihilfe‘.

auch wieder die einzig treibende Kraft und es sind eine Fülle von Aktivitäten bezüglich Erhalt der jetzigen Beihilferegulungen erfolgt. So gab es einige Gespräche mit dem Innenminister. Ministerpräsident Bouffier und auch sein Stellvertreter Al Wazir schrieb man im Oktober persönlich an. Ebenfalls im Oktober versandte die GdP Hessen ein Schreiben an alle Abgeordneten des Hessischen Landtages.

Im November erfolgte eine Mitgliederinformation. Das Thema Beihilfe war zentraler Punkt bei den Protestaktionen in Wiesbaden und Kassel. Auch bei etlichen kleineren örtlichen Aktionen hatte man es thematisiert. Im März erfolgte wieder über ein Flugblatt die Mitgliederinformation. Angeblich wollte man seitens der Landesregierung 20 Millionen Euro durch die Streichung der Beihilfefähigkeit von Zweibettzimmern



Aufmerksame Zuhörer.

und Chefarztbehandlung einsparen. Dieser Betrag für den verspäteten Beginn in 2015 und in 2016 sollen es dann 30 Millionen Euro sein. Eine Abfrage bei den Mitgliedern der GdP ergab, dass eine Versicherung der gekürzten Beihilfeleistungen durch die Krankenkassen zu einer durchschnittlichen Beitragserhöhung von 638,77 Euro jährlich bei den Beamten/Beamtinnen führen würde. Auf alle Beihilfeberechtigten des Landes Hessen hoch gerechnet bedeutet es einen jährlichen Mehraufwand von 90 Millionen Euro.

Dies trug man dem Innenminister und einigen politisch Verantwortlichen vor. Ewald Gerke berichtete, dass die Argumente der GdP Wirkung gezeigt haben. Es fanden im März weitere Gespräche mit Innenminister Beuth statt. Es ist Bewegung in das Thema gekommen. Den Sparwillen betonte allerdings der Minister. Wohin die Reise geht läßt sich noch nicht sagen, erklärte Ewald Gerke, aber weitere Gespräche werden folgen. Die GdP bleibt am Ball. Die Seminarteilnehmer diskutierten das Thema Beihilfe ausgiebig.

Kurz ging dann Ewald Gerke auf die Protestaktionen in Kassel und Wiesbaden ein. Er sprach die anstehenden Tarifverhandlungen an. Für die am 13. April stattfindende Kundgebung rief er die Senioren auf, sich zahlreich zu beteiligen.

Unterhaltung am Rande

Für den Film am Abend entschied sich aus



Charly Braun (mit Mikrophon) mit seiner Theatergruppe.

mehreren Möglichkeiten die Mehrheit für Heinz Erhard als Verkehrspolizist. Während des ganzen Tages hatte die Technik reibungslos funktioniert. Die von Kollege Charly Braun zur Verfügung gestellte Lautsprecheranlage leistete bei der großen Anzahl von Seminarteilnehmern sehr gute Dienste. Auch die Vorträge mit dem Beamer der Bezirksgruppe Mittelhessen bereiteten keine Schwierigkeiten. Beim Film war dann für eine Weile entweder das Bild oder der Ton vorhanden. Viele hatten Vorschläge, wie das Problem zu lösen sei, aber keiner hatte Ahnung von der Sache. Auf unerklärliche Weise gelang es dann doch, Bild und Ton zu haben.

So ein Seminar dient natürlich auch den Gesprächen. Da kennt man sich von ehemaligen Dienststellen, Lehrgängen oder Veranstaltungen der GdP.

Seminarteilnehmer waren schon am Tag vor Seminarbeginn auf eigene Kosten angereist. Damit war das frühe Aufstehen am Morgen vermieden. Andere nutzten den Nachmittag des zweiten Tages zu einem Ausflug an verschiedene Ziele (z.B. Point Alpha) in der schönen Rhön. Einige hatten im Haus sogar noch einen Tag mehr gebucht, um Ziele in der Umgebung zu besuchen.

Nach dem Seminar ist vor dem Seminar

Bereits im Sommer wird der Landesvorsitzende mit den Vorbereitungen für das nächste Seniorensseminar im Frühjahr 2016 beginnen. Im Herbst diesen Jahres erfolgt dann die Ausschreibung.

Harald Dobrindt

NULLRUNDE VERTIEFT DIE EINKOMMENSWUNDE

„Hessen hat schlechteste Bedingungen,....“ Das steht fettgedruckt beim „Ländervergleich der Besoldung 2013/2014“ im Internet.

Deprimierend, was Hessens Beamte sonst noch der jährlich vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten **Übersicht über die Gehälter** für die Kommunen, Länder und im Bund als Negativergebnis zur Kenntnis und in Kauf nehmen müssen.

Die Föderalismusreform 2006 brachte erhebliche **Nachteile** für Bedienstete des Landes. Der **Austritt aus der Tarifgemeinschaft** ermöglichte Regeln, durch die Bedienstete in Hessen im Vergleich zu anderen Bundesländern zu **mehr Wochenarbeitszeit bei geringerem Einkommen** verpflichtet wurden. Während in anderen Ländern die Wochenarbeits-

zeit 39 bis 41 Stunden beträgt, sind in Hessen bis zum fünfzigsten Lebensjahr 42 Stunden zu leisten. Auch bei der Stufenregelung sind Hessens Beamte schlechter gestellt. Am schmerzlichsten wirkt wohl die Erkenntnis, dass **in allen Besoldungsstufen weniger verdient** wird als in anderen Ländern. In Rheinland-Pfalz gibt es z.B. in der Besoldungsgruppe A 16 z.B. jährlich 4700 Euro pro Jahr mehr. Mit dem abgeschlossenen Tarifvertrag erreichte

Einkommensanhebungen, will Hessen für Beamte nicht übernehmen. „Nullrunde“ ist Schlagzeilenthema der letzten Monate.

Weil man in Hessen am längsten arbeitet, langsamer vorrückt und in der höchsten Einstufung pro Jahr erheblich weniger verdient als gleichrangige Kollegen anderer Länder, wird im Internet **„von einer Beamtenstelle in Hessen abgeraten“**. Man darf sich daher auch nicht wundern, dass in Hessen ausgebildete Beamte (auch der Feuerwehr) sich um Versetzung ins Nachbarland bemühen und sich immer weniger geeignete Bewerber für eine Beamtenstelle in Hessen interessieren.

Hessen zählt zu den Geberländern des **Finanzausgleichs**. Er dient dazu, Finanzkraftunterschiede unter den Ländern angemessen auszugleichen. **Alle Länder** sollen in die Lage versetzt werden, **gleichwertige Lebensverhältnisse für alle Einwohner** herzustellen und zu bewahren. Es ist geradezu widersinnig, dass Hessen als Geberland seine Beamten **zeitlich und finanziell schlechter** stellt als dies Empfängerländer für ihre Beamten tun. Beabsichtigte Einschränkungen der Beihilfeleistungen würden das schon geringere Einkommen der hessischen Beamten noch weiter schmälern.

Was zwingt oder treibt Hessens Regierung zu dieser Ungerechtigkeit? Die demotivierende Wirkung für die Betroffenen spielt offenbar keine Rolle. Welche Interessen des Regierers haben hier Vorrang? Bei Sparzwang würde man ja sicher als Beispielgeber Vorbild leiben wollen.

Jeder der 110 Landtagsabgeordneten in Hessen erhält rund

90.000 Euro (ohne Nebeneinkünfte) im Jahr. Im Ländervergleich der Diäten belegt Hessen einen guten Mittelplatz. Diäten sind keineswegs mit Schon- oder Schalkkost (Diät) zu vergleichen. Hier hat der Sparzwang noch nicht zum Abgleiten auf den letzten Platz geführt. Warum wohl?

Sobald Kosten für Mieten, Gebühren, Waren und Dienstleistungen steigen (und das geschieht seit Jahren kontinuierlich in unterschiedlich hohem Prozentsätzen), sind Dienst- und Arbeitnehmer auf angemessenen Ausgleich ihres Einkommens angewiesen. Eine „Nullrunde“ schränkt Ausgabengewohnheiten ein. Wer im eigenen Land weniger Wertschätzung erfährt als vergleichbare Bedienstete in anderen Ländern, wird wenig Begeisterung für die Urheber seiner Situation empfinden können.

Vorenthaltene Gehaltsanpassung die in Vergleichsbereichen gewährt wird, kann **wie eine Kürzung der Dienstbezüge wirken**. Hier fragen sich Betroffene: Warum muss ich Gehaltseinbußen hinnehmen, obwohl mir keine Dienstpflichtverletzung vorgeworfen werden kann? Gerade wer seine Dienstpflichten beispielhaft erfüllt, wird das Gefühl nicht los, zu Unrecht benachteiligt zu werden. Bei länderübergreifenden Einsätzen und Tagungen soll es auch vorkommen, als Opfer des sozialen Länderschlusslichts belächelt und bedauert worden zu sein. Das ist zwar erklär- und verstehbar, aber wenig schmeichelhaft und ansehensschädigend für Betroffene und unser Land.

Es scheint dringend geboten, dass sich die Urheber dieser Negativentwicklung zur Umkehr entschließen, um den Schaden nicht noch größer werden zu lassen. Bei dem überdurchschnittlichen Steueraufkommen, sollte es nicht schwer fallen, die „rote Laterne“ der Beamtenbehandlung loszuwerden.

Gerhard Kastl

Ein Unrecht hinnehmen, zieht ein anderes nach sich.

aus Spanien

Detektei Krammig

Eine Investition in Wissen bringt immer noch die besten Zinsen! (Benjamin Franklin)

Ermittlungen in allen Bereichen
Zivilrecht – Wirtschaftsrecht – Arbeitsrecht

Telefon 0 60 74 / 37 49 19
www.detektei-krammig.de



SEMINAR VORBEREITUNG AUF DEN RUHESTAND

FÜR KOLLEGEN/INNEN VOR ODER KURZ NACH DEM RUHESTAND

Auch in diesem Jahr führt der Landesseniorenvorstand der GdP Hessen wieder ein Seminar „Vorbereitung auf den Ruhestand“ durch.

Herzlich eingeladen dazu sind alle Kollegen/innen mit Partner/in, die sich vor dem Eintritt in die Altersteilzeit, die Rente, Pension oder kurz danach befinden und dieses Seminar noch nicht besucht haben. Dienstbefreiung kann nach § 69 Abs. 3 HBG (BeamtlInnen) oder § 1 Abs. 3 HBG i.V.m. § 29 TV-H (Tarifbeschäftigte) beantragt werden.

Seminartermin:

03./04. November 2015, Beginn am 03.11., 09.30 Uhr, Ende am 04.11., gegen 13.00 Uhr.

Ort: Gasthaus „Zur Krone“, Am Stadttor 2, 36142 Tann/Rhön, Telefon: 06682-213, Webseite: www.krone-tann.de

Anmeldungen:

Anmeldungen sollten grundsätzlich per Mail erfolgen. Zusätzlich ist im Internet ab Anfang Juni auf der Homepage der GdP Hessen (www.gdp.de/hessen) unter Seminare und auch auf der Homepage der Senioren der GdP Hessen unter Seminare ein Formular eingestellt.

Sollte bei jemanden ausnahmsweise kein Zugang zum Internet möglich sein, kann bei Ruth Brunner, GdP Hessen, Wilhelmstr. 60a, 65183 Wiesbaden, Telefon: 0611-9922730, ein Formular angefordert werden.

Es ist ein Eigenbeitrag von 20 Euro pro Teilnehmer zu leisten, der auch im Verhinderungsfall nicht zurück erstattet wird.

Die Anmeldung wird erst wirksam, wenn die Überweisung auf das Konto der GdP, Wiesbadener Volksbank,

IBAN: DE70 5109 0000 0006 7840 03, BIC: WIBADE5W, Kennwort: Seminar Vorbereitung auf den Ruhestand 2015, erfolgt ist.

Anmeldeschluss: 01. September 2015

Berücksichtigung:

Sollten mehr Anmeldungen eingehen, als Seminarplätze vorhanden sind, werden zunächst diejenigen nicht berücksichtigt, welche noch vor ihrem Ruhestand das gleiche Seminar im nächsten Jahr besuchen können. Diese werden dann im nächsten Jahr bevorzugt. Danach erfolgt die Einteilung nach Eingang der Anmeldungen.

Nähere Auskünfte:

Harald Dobrindt, Desbergstraße 22, 35685 Dillenburg, Telefon: 02771-33821 oder 0160-99092105, E-Mail: hd.dobrindt@t-online.de oder Ruth Brunner, ruth.brunner@gdp.de und bei den Seniorenvertretern der Bezirksgruppen.

Hinweis für Senioren: Auch ein „reines“ Seniorenseminar wird im Herbst wieder für Frühjahr 2016 ausgeschrieben.

Vorgesehene Themen:

- Beihilfe
- Das Berufsleben ist zu Ende – was verändert sich?
- Rente
- Aktuelle gewerkschaftliche Informationen

Euer

Landesseniorenvorstand

IMPRESSUM



Informationen • Nachrichten • Mitteilungen

der Bezirksgruppen Südosthessen und Osthessen der Gewerkschaft der Polizei und der PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen

Für die Bereiche Gelnhausen, Hanau, Offenbach, Fulda, Schlüchtern, Hersfeld-Rotenburg, Vogelsberg, PAST Langenselbold, PAST Bad Hersfeld, PAST Petersberg

Herausgeber:

PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen
Wilhelmstraße 60a, 65183 Wiesbaden
Geschäftsführer: Heinrich R. Jud, Ppa. Andreas Grün
(Landesvorsitzender GdP Hessen)

Verleger:

POLREPORT-Verlagsges. mbH für Öffentlichkeitsarbeit,
Kölner Straße 132, 57290 Neunkirchen
Geschäftsführer: H. R. Jud

Büro Frankfurt:

Seckbacher Landstraße 6, 60389 Frankfurt
Telefon (0 69) 7 89 16 52

Verantwortlich für den Anzeigenteil:

Andreas Jochum, Stephan Buschhaus

Redaktion/Redaktionsanschrift:

GdP BZG Südosthessen
V.i.S.d.P. Thorsten Pfeifferr
Autobahnmeisterei Nr. 10, 63505 Langenselbold

GdP BZG Osthessen
V.i.S.d.P. Ewald Gerk
Severingstr. 1-7, 36041 Fulda

Druck und Verarbeitung:

NK-Vertrieb GmbH, Abt. NK-DRUCK, 57290 Neunkirchen
Erscheinungsweise: 15.3. / 15.6. / 15.9. / 01.12.

Der Bezugspreis von € 2,60 ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr für Rücksendung oder Veröffentlichung übernommen. Nachdruck aller Artikel, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet. Kürzungen der Artikel bleiben vorbehalten; die mit Namen versehenen Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Alle Artikel werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr veröffentlicht. Abgedruckte Beiträge gehen in das Verfügungsrecht des Herausgebers über. Die Benutzung von Anschriften zu Werbezwecken ist untersagt und wird als Verstoß gegen die gesetzlichen Bestimmungen über unlauteren Wettbewerb (Gesetz vom 7.6.1909) bzw. als Verletzung des Urheberrechts (Gesetz vom 09.9.1965) strafrechtlich verfolgt. Auch ist die Benutzung von Ausschnitten zur Anzeigenwerbung untersagt.

Redaktionsschluß 1.2. / 1.5. / 1.8. / 1.11.
(ISSN 0937-5333)

MARTIN ZENTGRAF IST VERSTORBEN



Am 26. März 2015 verstarb nach schwerer Krankheit viel zu früh unser Kollege und aktives GdP-Mitglied Martin Zentgraf im Alter von nur 57 Jahren.

Martin Zentgraf wurde am 01.05.1982 bei der Polizeidirektion Fulda als Kraftfahrer eingestellt. Zum 01.07.1997 wurde er auf die Stelle eines Kriminaltechnischen Angestellten umgesetzt.

Seit 01.11.2010 bis zu seinem Tod war er bei der ZKI Fulda im ZK 50 - als Sachbearbeiter in der regionalen Datenverarbeitungsgruppe zur Optimierung der Beweissicherung und Auswertung eingesetzt.

In seiner Zeit bei der Polizei war Martin Zentgraf in verschieben Funktionen der GdP als auch des Personalrats mit großen Engagement tätig.

Unser aller Mitgefühl gilt allen Angehörigen des Verstorbenen. Martin, wir werden Dir ein ehrendes Andenken bewahren!

DES VOLKES MEINUNG...

In Anbetracht der Tatsache, dass das Land Hessen derart pleite ist und seinen Landesbediensteten noch nicht einmal an der Reallohnentwicklung teilhaben lassen kann - hier ein ernst gemeinter Rat für Sparmöglichkeiten.

Für die kommenden Weihnachtsfeiertage sollten die Politiker der Regierungsparteien im gesamten Hessenland auf die Beheizung von Dienststellen verzichten. Man überlege, wieviel Sprit gespart wird und wieviel Abgase die Umwelt nicht belasten. Weiterhin spart man auch an den reichhaltigen Fresskörben immense Summen ein. Dieses ersparte Geld sollte die Landesregierung unbedingt einer Opferschutzeinrichtung spenden. Denn, wenn die Polizei in den nächsten Jahren noch mehr kaputt gespart wird, hat der Bürger dieses Geld bitter

nötig, da eine adäquate Betreuung durch die Polizei wohl immer schwieriger wird. Kurzum, momentan ist die Stimmung bei den „lieben Mitarbeitern“ derart super, dass man ihnen wohl eher aus dem Wege gehen sollte.

Vergleicht man das Verhältnis der Regierung zu den Polizeivollzugsbeamten, so muss man dies als Ehe verstehen, die aus Härtefallgründen eigentlich geschieden werden muss. Noch nie habe ich in den langen Jahren, die ich als Vertrauensmann der GdP tätig bin, derartigen Unmut und Resignation bei meinen Kolleginnen und Kollegen gespürt.

ein Kollege von der Basis

GdP: POLIZEIDIENST IMMER GEFÄHRLICHER

Der Polizeidienst in Deutschland wird immer gefährlicher. Laut der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) 2014 wurden täglich mehr als zehn Beamtinnen und Beamten bei massiven Angriffen Opfer von gefährlichen und schweren Körperverletzungsdelikten, wie die GdP mitteilte. Mit 3.880 erfassten Taten stieg damit die Zahl im Vergleich zum Vorjahr um mehr als 14 Prozent. Das ist erschütternd und zeugt von großer Brutalität und Menschenverachtung dieser Täter, was selbst hartgesottene Kolleginnen und Kollegen den Atem stocken lässt!

Die um fast 16 Prozent gestiegene Zahl der „Bedrohungen“ mache deutlich, dass die Respektlosigkeit und der Autoritätsverlust gegenüber der Polizei in Teilen der Gesellschaft weiter Fahrt aufnehme, betonte der GdP-Bundesvorsitzende. Das zeige sich auch in der Zunahme von Widerstandshandlungen gegenüber Polizeivollzugsbeamten. „Mittlerweile melden meine Kolleginnen und Kollegen täglich bundesweit etwa 110 solcher Straftaten.“, betonte Malchow. In absoluten Zahlen entspricht das 40.165 Delikten und einem Zuwachs von über vier Prozent.

Angesichts dieser dramatischen Entwicklungen unterstützt die GdP eine am Freitag im Bundesrat behandelte Gesetzesinitiative des hessischen Innenministers Peter Beuth für einen neuen Schutzparagrafen für Polizei- und Rettungskräfte im Strafgesetzbuch. Der „Tätliche Angriff auf Polizeibeamte und andere Einsatzkräfte“ soll danach ein eigenständiger Straftatbestand Paragraf 112 werden, der einen Angriff auf die Kolleginnen und Kollegen als „besonderes Unrecht“ sanktioniert.

Der Beschluss der hessischen Landesregierung greife eine langjährige Forderung der GdP nach einem besseren Schutz von Einsatzkräften auf.

Juristischer Hintergrund:

Der neue § 112 StGB (§ 112 StGB-E) knüpft anders als § 113 StGB nicht an eine Vollstreckungshandlung an, sondern setzt stattdessen lediglich einen tätlichen Angriff auf eine Polizeibeamtin oder einen Polizeibeamten in Beziehung auf den Dienst voraus.

Angedroht werden soll Freiheitsstrafe von sechs Monaten (Mindeststrafe) bis zu fünf Jahren. § 112 StGB-E enthält eine Strafschärfung für besonders schwere Fälle.

Zum geschützten Personenkreis gehören neben den Einsatzkräften der Polizei auch diejenigen der Feuerwehr, des Katastrophenschutzes und der Rettungsdienste. Diese Einsatzkräfte nehmen dadurch an dem verbesserten Strafrechtsschutz teil.

ZENTRALE ARBEITSTAGUNG (ZAT)

DIE POLIZEI DER ZUKUNFT – HERAUSFORDERUNGEN – TENDENZEN – PERSPEKTIVEN



43 gesellschaftspolitisch interessierte und engagierte Kolleginnen und Kollegen aus fast allen Ländern der Republik reisten Mitte April für 3 Tage in die Bundeshauptstadt. Während es bei den letzten Zentralen Arbeitstagen der JUNGEN GRUPPE Bund 2012 und 2013 um die Zukunftsfähigkeit der eigenen Organisation ging, stand 2015 die Polizei als Ganzes und deren Zukunft als Leitthema auf der Agenda.

Die auf die Polizei einflussnehmenden Entwicklungen in Gesellschaft und Politik sind mannigfaltig. Der Bundesjugendvorsitzende Kevin Komolka skizzierte diese Einflüsse auf die Polizei und die daraus erwachsenden Herausforderungen, Tendenzen und Perspektiven für die Polizeiorganisation in Deutschland in seinem Impulsreferat am Beginn der Veranstaltung.

Die Arbeitstagungsteilnehmer konn-

ten im Anschluss in einer bei der JUNGEN GRUPPE neuen Methode, des sog. „OPEN SPACE“ selber zum Oberthema passende Themenkomplexe benennen und somit aktiv den Veranstaltungsprozess steuern.

Wer ein Thema vorstellte war automatisch Verantwortlicher für den folgenden Workshop, moderierte diesen und trug Ergebnisse zusammen.

Zahlreiche Themen wurden durch die Teilnehmer benannt, sodass viele hochinteressante Workshops ins Leben gerufen wurden. Die Dauer der Workshops war hierbei völlig offen, ein Thema konnte nur eine Stunde oder über volle zwei Tage bearbeitet werden.

Unter anderem gab es Workshops zu folgenden Themen:

- die **Attraktivität des Polizeiberufs**,
- die **Ausrüstung der Zukunft**,

- **Gewalt gegen Polizeibeamte**,
- **Flüchtlingsproblematik**,
- **Gesundheitsmanagement**.

Mit einer enorm hohen Motivation und Disziplin wurde in den Workshops in einer völlig entspannten und gelösten Atmosphäre gearbeitet.

Das Prinzip des „Open-Space“ ging auf !

Am dritten und letzten Tag der ZAT wurden die Ergebnisse vor der gesamten Gruppe durch die jeweiligen Workshopleiter präsentiert.

Im Ergebnis gibt es hoch interessante und vielfältige Ideen, Vorschläge und Forderungen, die es nun gilt durch den Bundesjugendvorstand zu bearbeiten und in Beschlussvorlagen oder Aktionen etc. zu finalisieren und umzusetzen.

Die Ergebnisse der Workshops sind allesamt schriftlich festgehalten, wie dies in unserer Zeit und Gesellschaft wie so oft üblich ist und dabei größte Wichtigkeit und Beachtung erfährt. Das ist auch gut und richtig so, doch eine solche Veranstaltung bietet viel mehr im Ergebnis als – „messbare Ergebnisse“.

Die ZAT brachte auch ganz viele nicht „messbare“ Ergebnisse hervor!

Zum einen gab die Veranstaltung vielen jungen Kolleginnen/Kollegen die



Workshop.

Möglichkeit die Strukturen der JUNGEN GRUPPE BUND besser kennenzulernen. Zu erfahren wie aus einem Gedanken, einer Idee, konkrete Forderungen und Ziele entstehen. Diese sich dann wiederum über entsprechende Gremien in Beschlüssen und/oder Aktionen oder AG wiederfinden.

Verbunden mit dieser Erfahrung motiviert eine ZAT vielleicht die oder den ein oder anderen Kollegin/ Kollegen sich noch stärker gewerkschaftspolitisch zu engagieren.

Zum anderen gibt eine solche Veran-

staltung jungen gesellschaftspolitisch interessierten Menschen die „Bühne“ sich mit aktuellen Themenkomplexen in einem demokratischen Prozess kritisch auseinanderzusetzen.

Nicht zuletzt bot die Zentrale Arbeitstagung der JUNGEN GRUPPE wieder einmal eine hervorra-



Die Vorstellung der Arbeitsgruppenergebnisse.

gende Möglichkeit der so wertvollen bundesweiten Netzwerkbildung.

Christoph Möhring, Kassel

JUNGE GRUPPE HESSEN: „AKTIV FÜR EUCH“

Mitte April fand die erste diesjährige Sitzung des Landesjugendvorstandes in der GdP-Geschäftsstelle in Frankfurt a.M. statt.

Inhaltlich wurde sich unter anderem rückblickend mit der Beiratssitzung der GdP-Mutterorganisation, die bereits im März in Willingshausen-Zella stattgefunden hatte, aus Sicht der JUNGEN GRUPPE befasst. Auch das JUNGE GRUPPE Seminar „Eigensicherung ist kein Zufall-Part II“ wurde im Kreis des Vorstandes nachbereitet.

Schwerpunktmäßig ging es jedoch um die geplanten Aktionen der JUNGEN GRUPPE für das Jahr 2015.

So wurden letzte Absprachen zum KART-CUP der LÄNDER getroffen. Dieses inzwischen bundesweite Highlight – unter den JUNGE GRUPPE Events, wird zum Zeitpunkt der Ausgabe des Reports bereits stattgefunden haben. Veranstaltungstag war der 25. April 2015 in Limburg. Maik Bretschneider als Verantwortlichen des Cup's aus den Reihen der JUNGEN GRUPPE gilt hierbei besonderer Dank für die Organisation.

Als weiteres Ereignis wurde der Bildungstag der JUNGEN GRUPPE zum Thema Dienstunfall/Beihilfe vorbereitet. Dieser fand am 20.05.15 im DGB-Haus in Frankfurt/Main statt. Inhaltlich wurden den Teilnehmern die Rechte und Pflichten in Zusammenhang mit einem Dienstunfall erläutert werden – was muss ich tun, was nicht !?

Bei dem Thema Beihilfe soll es um die Frage: Was leistet der Arbeitgeberanteil ?, gehen. Tipps, Hinweise und aktuelle



Der hessische GdP-Landesjugendvorstand tagt in Frankfurt.

Änderungen gibt's natürlich auch.

Als Referenten konnten die Organisatoren, Jochen ZENG und Amar ATCI (JUNGE GRUPPE Hessen) eine Rechtsschutz-Expertin des DGB, aus dem Bereich Beamtenangelegenheiten, sowie einen Mitarbeiter der Hessischen Beihilfestelle, gewinnen.

Bereits am 23.06.15 folgt der nächste Bildungstag, die örtliche JUNGE GRUPPE Kassel legt einen Bildungstag zum Thema: Einsatzspezifische Erste Hilfe auf.

Mathias Langer (JUNGE GRUPPE Kassel) ist Initiator dieser Veranstaltung. Nachdem aus den Reihen der Kolleginnen und Kollegen in Kassel, ein Defizit in diesem Bereich festgestellt und thematisiert wurde.

Insbesondere der Vorfall im November 2014 in der Unteren Königsstraße in Kassel, wobei mehrere Kollegen durch eine Schusswaffe schwer verletzt wurden, gab Anlass sich mit der Thematik „Einsatzmäßige Erste Hilfe“ auseinanderzusetzen und den „Ist-Stand“ kritisch zu hinterfragen.

Die JUNGE GRUPPE Kassel – will hier unbürokratisch und schnell auf den Wunsch der Kolleginnen und Kollegen reagieren, auch wenn dies eigentlich Aufgabe der Behörde wäre !!!

Für den 17. September plant die JUNGE GRUPPE Hessen eine Cops-After-Work-Party in Frankfurt/Main.

Auf die Teilnehmer wartet eine 4 stündige Schiffsfahrt durch die Frankfurter City, unter dem Eindruck der „Sky-Line“. Das Fahrgastschiff wird in Frankfurt zentral starten und auch wieder anlegen. Eine besondere Veranstaltung, auf die wir uns als Organisatoren und ihr euch als Teilnehmer schon heute freuen könnt ! (Plakate, Aushänge und Werbung auf der GdP-Hessenseite folgen).

Ebenfalls im September wird die JUNGE GRUPPE Nordhessen in Kassel eine „Blaulicht-Mileu-Party“ ausrichten.

Christoph Möhring
Landesjugendvorstand

GEWALT BEI DEMONSTRATIONEN

DER PREIS DES RECHTSSTAATES ODER GEHT ES AUCH ANDERS!?

*Eine kritische Betrachtung der staatlichen Reaktionsmuster und Möglichkeiten, gegen unfriedlich verlaufende Demonstrationen vorzugehen. Ein Nachruf auf die Krawalle anlässlich der Feier zur Eröffnung des neuen EZB-Gebäudes am 18.3.2015 in Frankfurt am Main
Von Heinrich Bernhardt, Polizeipräsident a.D.*

Blinde Wut und Zerstörung

Funk, Fernsehen und Printmedien berichteten ausgiebig über die Ereignisse anlässlich der Einweihung des neuen EZB-Gebäudes am 18. März 2015 in Frankfurt am Main. Im Zeitraffer: Entgegen aller Erwartungen überschlug sich das Geschehen bereits am frühen Morgen – weit im Vorfeld der vorgesehenen Kundgebung und des Demonstrationszuges. Rund um die EZB und in deren erweiterten Umfeld hielt ein blindwütiger Mob die Polizei in Atem. Generalstabsmäßig vorbereitet schlug er in kleinen, beweglichen, gut ausgerüsteten Kleingruppen nach der Methode „hit an run“ an den unterschiedlichsten Stellen blitzschnell zu, um wenig später schon weg zu sein, bevor die Polizei einschreiten konnte. Augenscheinlich hatten die Akteure aus ihren Erlebnissen des Jahres 2013 gelernt, als sie die Polizei „einkesselte“ und ihnen keine Chance ließ, aus dem Demonstrationszug heraus ihre gewalttätigen Absichten in die Tat umzusetzen. Die Bilanz des Mittwochs klingt fast wie ein Kriegsbericht: Mehr als 300 Personen wurden verletzt, in der Mehrzahl Polizeibeamtinnen und –beamte. Doch die Täter verschonten auch nicht einzelne Einsatzkräfte der Rettungsdienste und Feuerwehr. Sie warfen eine unüberschaubar große Zahl von Scheiben ein, begingen unzählige Farbschmierereien, setzten abgestellte Pkw in Brand, errichteten brennende Barrikaden, griffen ein Polizeirevier an und fackelten polizeiliche Streifenfahrzeuge ab. Der angerichtete Schaden dürfte die Millionengrenze überschreiten, für die weit überwiegend wohl der Steuerzahler wird aufkommen müssen.

Niemand hatte eine solche Entwicklung erwartet, geschweige denn an deren Eintritt geglaubt. Doch die Frankfurter Polizei sollte Recht behalten. Ihre medial verkündeten Befürchtungen wurden leider Realität. All jene, die im Vorfeld des Tages die polizeilichen Szenarien bewusst diskreditierten und ins Reich

überzogener Krisenszenarios verwiesen, wurden eines besseren belehrt. Der Einsatz von schätzungsweise 8000 Polizeibeamtinnen aus Bund und Ländern war – wie die Vorkommnisse zeigen – sowohl in der Quantität als auch nach Art des Vorgehens zwingend erforderlich. Einerseits, um das weitläufige Gelände des frei stehenden EZB-Gebäudes abzusperren sowie die dortige Veranstaltung zu schützen und andererseits, um die gewalttätigen Aktionen im Stadtgebiet in Grenzen zu halten. Dass dies der Polizei nicht in allen Fällen gelang und sie nicht überall und jederzeit zur Stelle sein konnte, ist ihr nicht vorzuwerfen. Die Gegebenheiten einer Großstadt – u.a. mit ihren vernetzten Verkehrswegen und unzähligen sog. „Tatgelegenheiten“, wie Schaufensterscheiben und abgestellte Pkw – begünstigen das gewalttätige Agieren der Täter und erlauben es der Polizei nicht, omnipräsent zu sein und jederzeit wirksam aufzutreten.

Angesichts der zu erwartenden Schelte als Reaktion auf die Ereignisse verkündeten die Organisatoren, Planer und Förderer der angemeldeten Versammlungen eifertig und lauthals, dass sie solche Gewalteruption nicht gewollt hätten. Der Versuch einiger, sich zu exkulpieren, ließ jedoch den schalen Geschmack der Heuchelei zurück. In gleichem Atemzug, in dem sie ihre Entschuldigung bekundeten, äußerten sie auch ihr Verständnis für den Frust der Täter und die daraus hervorgegangenen Gewalttaten. Als besonders verwerflich und für unsere demokratische Kultur untragbar offenbarte sich die Entgleisung des Landtagsvizepräsidenten und Abgeordneten Dr. Ulrich Wilken der Partei „Die Linke“. Er ließ sich dazu hinreißen, sein Verständnis „für die Wut und die Empörung“ der Demonstranten zu bekunden. Dabei muss man froh sein, dass er es sich versagte, eine „klammheimliche Freude“ über die Aktionen der Krawallmacher zum Ausdruck zu bringen. – Denn das hatten wir schon einmal!

Keine neuen Phänomene von Gewalteruptionen

Was in Frankfurt passierte, ist wahrlich nichts Neues, sieht man davon ab, dass die Gewalttäter – atypisch und entgegen ihrer üblichen Taktik – bereits im Vorfeld einer angemeldeten Demonstration und nicht aus ihr heraus agierten. Hamburg, Berlin, Göttingen und viele andere deutsche Städte können ein Lied davon singen. Berlin erlebt solche Heimsuchungen alljährlich mindestens während der Ereignisse rund um den 1. Mai. Und die Abläufe anlässlich der sog. Castor-Transporte sprechen die gleiche Sprache.

Wer über Jahrzehnte hinweg die Geschehnisse aufmerksam verfolgt, muss konstatieren, dass sich die Verhaltensmuster stets wiederholen. Einige – so muss man leider sagen – libertär eingestellte Organisatoren und Veranstalter initiieren die risikobehafteten Demonstrationen und ducken sich dann weg, wenn sie ihnen aus den Händen geglitten sind. Und sollte die Polizei bereits frühzeitig und wirkungsvoll den erkennbar gewaltbereiten Akteuren entgegen getreten sein, was wir anlässlich der Blockupy-Demonstration im Sommer 2013 erleben durften, dann wird ihr die Schuld zugewiesen. Sie, die Polizei, sei der Verursacher für die Eskalationen. Sie sei martialisch und völlig unangemessen eingeschritten; daher trage sie auch die Verantwortung. Doch der 18. März in Frankfurt am Main bot für solche Botschaften dieses Mal keine Nahrung. Vielmehr müssen sich verschiedene Initiatoren den Vorwurf gefallen lassen, dass sie es waren, die die Geister geweckt, angelockt und ihnen die Chance geboten hatten, so zu agieren, wie sie aufgetreten waren. Davon können sie sich nicht freisprechen. Bleibt zu hoffen, dass es den Ermittlern gelingen wird nachzuweisen, wer und in welchem Umfang aus der Aura der Organisatoren den gewalttätigen Tätergruppen aus Nah und Fern, vor allem aus dem europäischen Ausland, Unter-

schlupf, Verpflegung und sonstige logistische Unterstützung bot. Das wäre die richtige Antwort gegenüber den Heuchlern und müsste die Strafjustiz auf den Plan rufen.

Hoch angerechnet sei es dem Deutschen Bundestag, dass er bereits am Folgetag das Geschehene nachdrücklich verurteilte und der Polizei für ihren Einsatz den Respekt bekundete. Dank gilt auch dem Hessischen Landtag, der die Frankfurter Ereignisse in seiner Sitzung am 24.3. auf seine Agenda gesetzt hatte. Dass die tragenden demokratischen Parteien dabei dem Landtagsvizepräsidenten Dr. Ulrich Wilken den Kopf wuschen und ihn zu Recht aufforderten, sein Amt niederzulegen, blieb zwar erfolglos, war aber dringend notwendig. Dank gilt auch Peter Beuth, dem Innenminister des Landes Hessen, der ankündigte, eine Bundesratsinitiative zu ergreifen, um den strafrechtlichen Schutz der Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienst zu erhöhen. Gut gemeint, aber wird dies ausreichen?

Die Problemphänomene – So darf es nicht weitergehen!

All dies – so meine Einschätzung – genügt nicht. Es ist an der Zeit, tiefgründig und eingehend darüber nachzudenken, wie sich das Geschehen unfriedlicher Demonstrationen in mehr als 40 Jahren entwickelt hat und ob es ausreicht, stets mit den gleichen rechtlichen und taktischen Instrumentarien dagegen vorzugehen. Die Vorkommnisse in Frankfurt sollten dafür Anstoß sein.

Solche Ereignisse, wo und wann immer sie sich ereignen, finden regelmäßig unter dem Deckmantel der durch unsere Verfassung garantierten Versammlungsfreiheit statt. Spätestens nach dem legendären „Brokdorfbeschluss“ des Bundesverfassungsgerichts von 1985 hat dieses Freiheitsrecht eine Überhöhung erfahren, die so nicht mehr tragbar ist. Die aus Art. 8 GG folgende grundgesetzliche Verpflichtung der Veranstalter und Demonstrationsteilnehmer, sich „friedlich und ohne Waffen“ zu versammeln, ist längst aus dem Blickfeld geraten. Versammlungsfreiheit und Sicherheitsbelange befinden sich in einem Zustand der Dysbalance. Bestätigt wird dies auch durch die ins Uferlose geratene und kaum mehr überschaubare Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte. Sie entscheidet sich weit überwiegend für die Versammlungs-

freiheit und nur selten für die Sicherheitsgewährleistung. Selbstverständlich ist die Versammlungsfreiheit als status activus unstrittig ein hohes Gut, das es unter allen Umständen zu verteidigen gilt. Nur dieses Freiheitsrecht räumt dem Staatsbürger die Möglichkeit ein, außerhalb von Wahlen an der politischen Willensbildung teilzuhaben und seine Meinung kundzutun. Dabei, und das ist die Botschaft, dürfen die Sicherheitsbelange jedoch nicht auf der Strecke bleiben. Nichts anderes ist aus unserer Verfassung zu entnehmen, die die Versammlungsfreiheit nur in den Grenzen der Gewaltfreiheit gewährt. Und nicht anders kann und darf auch der „Brokdorfbeschluss“ des Bundesverfassungsgerichts ausgelegt werden.

Die rechtsbräuchliche Realität ist jedoch eine andere und belegt, dass die Sicherheitsbelange ein Schattendasein fristen. Wer immer eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel oder einen Aufzug veranstalten will, darf dies, ohne wesentlichen sicherheitsbezogenen Einschränkungen zu unterliegen. Weder ist er verpflichtet, ein Sicherheitskonzept zu erstellen und zu unterbreiten, wie es üblicherweise jedem Organisator einer Großveranstaltung auferlegt ist, noch muss er nachweisen, dass er willens und fähig ist, eine Versammlung auch rechtskonform zu gestalten und zu führen. Seine Aufrufe unterliegen ebenfalls keinerlei sicherheitsbezogenen Begrenzungen. Wann immer er Lust und Laune dazu verspürt, kann er hart an der Grenze der Strafbarkeit, allein durch die Art und Weise seiner Diktion Öl ins Feuer gießen und die Teilnahme gewaltbereiter Gruppen initiieren. Vorbeugende Versammlungsverbote weisen die Verwaltungsgerichte regelmäßig zurück, wenn es die Sicherheitsbehörden auf ihre Erfahrungen mit ähnlichen oder vergleichbaren Versammlungen stützen. Solange dem Veranstalter die prognostizierten Gefahrenmomente nicht persönlich und tatsachengestützt konkret zugeordnet werden können, scheidet jedes Verbot. Nicht anders ergeht es den sicherheitsbezogenen Auflagen an den Veranstalter, deren Erlass den Versammlungsbehörden zur Abwehr von Gefahren zugestanden wird. Gelingt dem Veranstalter der Nachweis, dass die Auflagen nicht dazu dienen, nach den erkennbaren Umständen zur Abwehr einer Gefahr beizutragen, wer-

den sie von den Verwaltungsgerichten gekippt.

Solche oder ähnliche Beispiele lassen sich zu Genüge aufzählen. So bleibt das Ritual immer das gleiche: Die Polizei muss es wieder einmal richten. Sie soll die erkennbar bevorstehenden Probleme lösen. Keiner der für die Führung der Polizei verantwortlichen Politiker fragt heute noch, ob sie dies überhaupt kann. Immer mehr Beamtinnen und Beamte werden eingesetzt und müssen unter Einsatz ihrer Gesundheit für diese Fehlentwicklung herhalten. Das polizeiliche Handeln, das scheinen unsere politischen Führer aus den Augen verloren zu haben, ist faktisch sowohl aufgrund des Versammlungsgesetzes als auch durch die Rechtsprechung per se defensiv ausgerichtet. Erst müssen Rechtsbrüche passiert sein, bevor es der Polizei erlaubt ist einzuschreiten. Da hilft auch kein gut gemeinter juristischer Hinweis, dass das Gefahrenabwehrrecht selbstverständlich ein vorbeugendes Eingreifen ermögliche. Für die alltägliche Arbeit der Polizei trifft das sicherlich zu. Im Kontext der öffentlichen Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzügen versagt dieses Recht allerdings. Jede sog. „Vorkontrolle“ potenziell bewaffneter Versammlungsteilnehmer auf dem Weg zu einem Versammlungsort – wo immer dies geschehen mag – steht unter dem Vorbehalt, dass die Entschliebungsfreiheit der Kontrollierten, an der Versammlung teilzunehmen, nicht eingeschränkt werden darf. Nichts anderes gilt schon seit geraumer Zeit für das polizeiliche Eskortieren risikobehafteter Aufzüge durch starke Einsatzkräfte. Die positiven Absichten der Polizei völlig verkennend, sieht die weit überwiegende Rechtsprechung darin eine Einschränkung der Versammlungsfreiheit. Sollte sich die Polizei gar entschließen, gewaltbereite Gruppen „einzukesseln“ oder um im polizeilichen Sprachgebrauch zu bleiben, durch eine „einschließende Absperrung“ zu separieren, um sie auszuschließen oder zwecks Strafverfolgung festzunehmen, muss sich jede Polizeiführung auf ein Gewitter von Vorwürfen und kritische Fragen einstellen. Die Berichterstattung rund um die Ereignisse anlässlich der Blockupy-Demonstration in 2013 spricht Bände. Die Veranstalter und die sie stützenden Parteien ließen seinerzeit nichts unversucht, den „Kessel“ als unverhältnismäßig und völlig überzo-

gen darzustellen. Dass die Verwaltungs- und Strafgerichtsbarkeit letztlich das Tätigwerden der Polizei als gerechtfertigt ansah, spielte in der medialen Nachbetrachtung so gut wie keine Rolle mehr. Unter solchen Umständen ist es allzu verständlich, dass sich die Polizei in ihrer Rolle und Aufgabenwahrnehmung zu Recht unverstanden fühlen muss. Wenn sie sich da und dort dann eher zurückhält, vorbeugende Maßnahmen zu ergreifen, dürfte dies allzu verständlich sein.

Was sollte getan werden?

Ein weiter so kann und darf es nicht mehr geben. Was bleibt zu tun?

Aufgabe des Rechtsstaates ist es, dafür zu sorgen, dass bei erkennbar risikobehafteten Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzügen das Recht auf Versammlungsfreiheit in den Grenzen der Sicherheit gehalten werden kann. So und nicht anders postuliert es Art. 8 GG. Deshalb gehören die Versammlungsgesetze von Bund und Ländern eiligst auf den Prüfstand. Geprüft werden muss, ob und in welcher Weise, die vorhandenen Statuierungen und deren Auslegung noch dazu beitragen können, die geforderte Balance zwischen Versammlungsfreiheit und Sicherheit zu gewährleisten. Es wäre aller Ehren wert, wenn sich im ersten Schritt die Innenministerkonferenz dieser Aufgabe unterzöge. Sie und die ihr zuarbeitende Hierarchie verfügen über genügend Fachkompetenz, um alle kritischen Aspekte zu beleuchten und nach vernünftigen und verfassungskonformen Lösungen zu suchen. Empfehlenswert erscheint es zu prüfen, ob es nicht möglich und geboten ist, das bestehende Versammlungsgesetz unter folgenden – wesentlichen – Fragestellungen zu reformieren:

- 1) Kann die Funktion des Veranstalters bzw. Leiters weiter so unbestimmt bleiben, wie sie das Versammlungsgesetz derzeit formuliert? Oder müssen Regelungen eingefügt werden, die bestimmte Verpflichtungen zur Gewährleistung der Sicherheit vorgeben?
- 2) Sollte es nicht zulässig und geboten sein, dem Veranstalter aufzuerlegen, an den sog. Kooperationsgesprächen mit den Sicherheitsbehörden teilzunehmen und dort alle sicherheitsrelevanten

Informationen kundzutun? Bisher geht das Bundesverfassungsgericht davon aus, dass sich die Veranstalter diesem Gebot unterziehen. Rechtstatsächlich besteht jedoch keine Verpflichtung dazu.

- 3) Sollte es nicht zulässig und geboten sein, dem Veranstalter abzuverlangen, vor Durchführung einer Versammlung bzw. eines Aufzuges alle sicherheitsrelevanten Informationen (z.B. über Aufrufe, zu erwartende Gruppen) den Sicherheitsbehörden gegenüber kundzutun, um denen eine hinreichende Sicherheitsbeurteilung zu ermöglichen?
- 4) Kann es nicht geboten sein, dem Veranstalter vorzugeben, in Analogie zu den Verpflichtungen bei sonstigen Veranstaltungen – wenigstens in wesentlichen Zügen – ein Sicherheitskonzept zu erstellen und den Sicherheitsbehörden zu unterbreiten? Ein solches Sicherheitskonzept müsste insbesondere auf folgende Themenstellungen eingehen:
 - die Struktur der Organisation, mit der die Versammlung geleitet und ihre Sicherheit gewährleistet werden soll,
 - die Art und Weise, mit der die Sicherheitskommunikation bewältigt werden soll – einschließlich des Einsatzes ausreichender und leistungsfähiger Lautsprecherfahrzeuge, um bei krisenhaften Entwicklungen ausreichenden Einfluss auf die Versammlungsteilnehmer ausüben zu können,
 - die Einführung spezifischer Mindestbedingungen, unter denen es nur erlaubt sein kann, Versammlungsordner einzusetzen (z.B. deren persönliche und fachliche Voraussetzungen sowie ihre sicherheitsbezogene Einweisung vor allem zur Bewältigung von Problemlagen),
 - die Verpflichtung des Veranstalters bzw. Leiters, zur Bewältigung krisenhafter Entwicklungen Maßnahmenkataloge zu entwickeln, vorzuhalten und diese mit den

staatlichen Sicherheitsorganen abzustimmen.

- 5) Reichen nach den bisherigen Erfahrungen und Erkenntnissen im Umgang mit gewalttätig verlaufenen Demonstrationen die bestehenden straf- und bußgeldrechtlichen Sanktionsvorschriften aus, um die Veranstalter und Teilnehmer zu entsprechenden Verhaltensweisen anzuhalten?
- 6) Ist es möglich und geboten, den Veranstaltern risikobehafteter Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzügen – in Analogie zu § 823 BGB – besondere Verkehrssicherheitspflichten aufzuerlegen, die im Falle der Nichtbeachtung Schadenersatzforderungen nach sich ziehen.

Die Zeit ist überreif. Unsere politische Führung ist gefordert, Regelungen zu finden, die die verfassungsrechtlich gewährte Versammlungsfreiheit wieder in eine Balance mit den Verpflichtungen zur Sicherheitsgewährleistung bringen. Zum Wohle der Bürger und aller Einsatzkräfte der Polizei. Und so nebenbei: Selbstverständlich ist auch die polizeiliche Führung aufgefordert zu reflektieren, ob ihr einsatztaktisches Repertoire noch den heutigen Erfordernissen entspricht. Spätestens nach den Frankfurter Ereignissen sollte erkannt werden, dass es nicht mehr ausreicht, die Sicherheit risikobehafteter Demonstrationen weit überwiegend durch den Einsatz personalstarker und hochgerüsteter Polizeieinheiten zu gewährleisten. Vielmehr wird es notwendig, den kleinen, beweglichen und blitzschnell auftretenden und zuschlagenden Tätergruppen mit gleicher Elfe entgegen zu treten. Solche Gruppen werden nur erfolgreich zu „bekämpfen“ sein, wenn ihnen gleichermaßen kleine, bewegliche und entsprechend ausgestattete Einheiten entgegenstellt werden. Nur damit wird sich die Polizei neue Handlungsmöglichkeiten eröffnen und sich in die Situation versetzen, kritische Lagen noch besser zu bewältigen als bisher.

